

Das solidarische Frankfurt von morgen erkämpfen

Programm zur Kommunalwahl
am 14. März 2021

#SoGehtSolidarisch

DIE LINKE.



Programm zur Kommunalwahl am 14. März 2021

Einstimmig beschlossen bei der Kreismitgliederversammlung
am 24. Oktober 2020

DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt am Main
Allerheiligentor 2-4
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 97 98 15 46
buero@linke-frankfurt.de
<http://www.die-linke-ffm.de>
V.i.S.d.P. Axel Gerntke

Inhaltsverzeichnis

1. Präambel	7
Unsere Vision.....	7
Nur eine Utopie? Finden wir nicht. Sondern konkrete politische Ziele!.....	8
2. Bezahlbarer Wohnraum für alle!.....	10
Mehr sozialer Wohnraum für Frankfurt!	11
Stadteigene Wohnungsgesellschaften stärken	12
Mieter*innen nicht verdrängen, sondern schützen!	14
Grund und Boden dem Markt entziehen – Kein Verkauf von öffentlichen Grundstücken!	15
Für eine solidarische Stadtentwicklung – sozial, ökologisch und barrierefrei!	17
Genossenschaften und Wohnprojekte stärken	20
Obdachlosigkeit bekämpfen – Menschenwürdiges Wohnen für alle sicherstellen	21



3. Solidarisch wirtschaften - Gute Arbeit fördern.....	23
Die Stadt Frankfurt muss Vorbild sein	24
Verpflichtung zu Tariftreue, Nachhaltigkeit und sozialen Standards	25
Für eine aktive statt repressive Arbeitsmarktpolitik.....	26
Sozial-ökologisches Investitionsprogramm zur Sanierung der Infrastruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen	26
Rekommunalisierung statt Privatisierung	27
Förderung der regionalen Wirtschaft	28
Industriepolitik in Frankfurt	28
4. Soziale Gerechtigkeit herstellen – Armut bekämpfen	30
5. Mobilität für alle – sozial-ökologische Verkehrswende durchsetzen	33
Fuß- und Radverkehr in den Mittelpunkt stellen	34
Ausbau des ÖPNV-Angebots	36
Bitte einsteigen! Nulltarif im ÖPNV – sozial und ökologisch	38
Eine Stadt für Menschen, nicht für Blech	39
Klimaschutz lokal umsetzen, Schadstoffbelastung reduzieren, Lebensqualität erhöhen.....	41
Kein weiteres Wachstum des Flughafens – Umwelt und Gesundheit vor Profite, Beschäftigte schützen	42
6. Klimagerechtigkeit erkämpfen, Natur schützen: Für eine konsequente und sozial gerechte Umweltpolitik	44
Klimagerechtigkeit in Frankfurt erkämpfen	45
Raus aus der Kohle – Energiewende in Bürger*innenhand	46
Potenziale ausschöpfen mit dem Solarprogramm Frankfurt 2025.....	47
Für eine demokratische und sozial gerechte kommunale Energieversorgung.....	47
Natur und Umwelt schützen – für mehr Lebensqualität in Frankfurt.....	48
Grüne und blaue Lebensadern schützen und weiterentwickeln	49
Nachhaltige Landwirtschaft – gute Nahrungsmittel.....	50
Müll vermeiden, Recycling fördern	51
Tiere schützen, Umweltbildung ausweiten.....	52
7. Gesundheit ist keine Ware	53
Ambulante medizinische Versorgung in Frankfurt.....	54
Häusliche Pflege entkommerzialisieren	55
Angebote für Familien und Frauen	55

Stationäre Gesundheitsversorgung.....	56
Gesundheit und Corona	57
Für eine rationale Drogenpolitik.....	57
8. Bildung ist ein Menschenrecht	59
Gute Bildung von Anfang an! Mehr Kitaplätze schaffen, Erzieher*innenberuf aufwerten	60
Inklusive und moderne Schulen in Frankfurt.....	61
Eine Schule für alle: Das dreigliedrige Schulsystem überwinden.....	61
Für eine echte Ganztagschule.....	62
Berufsschulen.....	63
Digitalisierung der Schulen.....	64
Erwachsenenbildung.....	65
9. Gleiche Rechte für Migrant*innen – Geflüchtete willkommen	66
Geflüchtete Menschen in Frankfurt willkommen heißen.....	68
10. Kein Platz für Rassismus und Nazis!.....	70
11. Friedenspolitik vor Ort: Kein Platz für Militarismus!.....	72
12. Demokratie in der Kommune	74
Demokratisierung und Digitalisierung der Stadtverwaltung.....	75
Bürger*innenrechte schützen - strukturelle Diskriminierung bekämpfen.....	76
13. Gleichstellung von Frauen verwirklichen	78
14. Queer*: Gleichberechtigung für alle geschlechtlichen und sexuellen Identitäten	82
15. Rechte der Menschen mit Behinderungen stärken - Inklusion verwirklichen	85
16. Mehr Rechte für Kinder und Jugendliche	87
Jugendpartizipation als solche erkennen und anerkennen.	88
Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken.....	89
Ausbildung und Beruf.....	90
Kultur und Freizeit.....	91



17. Gutes und würdevolles Leben im Alter.....	92
18. Kultur für alle.....	94
19. Breitensport fördern - statt Kommerzialisierung	97
20. Finanzen: Einnahmen erhöhen und investieren, anstatt zu kürzen.....	99
Öffentliche Investitionen stabilisieren Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt	100
Einnahmen erhöhen	100
Die finanzielle Lage verbessern – der Bund und das Land Hessen sind gefordert	101

1. Präambel

Unsere Vision

Im solidarischen Frankfurt von morgen wird gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen garantiert. Die ABG sorgt wirklich für bezahlbaren Wohnraum und die Mieten sinken. In der Stadt entstehen neue, tariflich abgesicherte Arbeitsplätze. Frankfurt ist sanktionsfreie Kommune, hat eine klimafreundliche Infrastruktur und nennt sich nicht nur symbolisch „sichere Hafenstadt“. Diejenigen, die Unterstützung benötigen, nehmen mit erhobenem Kopf am Leben teil.

Alle Menschen haben Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand. Die menschenunwürdigen Zustände bei der Ausländerbehörde wurden beendet und alle städtischen

Stellen setzen sich aktiv für die Gleichberechtigung der Geschlechter ein.

Im öffentlichen Nahverkehr gilt der Nulltarif, es gibt neue Straßenbahnlinien und mehr Querverbindungen von Bussen. Die autofreie Innenstadt bietet mehr Raum für Fußgänger*innen, Radfahrende und Grünanlagen. Die VGF fährt mit erneuerbaren Energien und auch das Heizkraftwerk West wird nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben. Auf immer mehr Dächern Frankfurts wird Solarstrom gewonnen. Durch gebührenfreie Kinderbetreuung und Gemeinschaftsschulen für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse sind die Bildungschancen für unsere Kinder besser geworden.



Nur eine Utopie? Finden wir nicht. Sondern konkrete politische Ziele!

Was wir aber jeden Tag erleben, ist, dass das Profitprinzip regiert – weltweit, aber auch und gerade in Frankfurt. Während viele Frankfurter*innen unter prekärer Beschäftigung und steigenden Mieten ächzen, machen Banken und Miethaie gute Geschäfte. Immobilienspekulation boomt, Mieten steigen ins Unermessliche, Luxussanierungen und Verdrängung zerstören gewachsene Strukturen. Die Stadt wächst und die öffentliche Infrastruktur kommt kaum hinterher: Der Nahverkehr platzt aus allen Nähten, die Straßen sind verstopft. Es gibt mehr Geburten, aber weniger Hebammen, mehr Kinder und zu wenige Erzieher*innen, die Jugendhilfe wird zusammengestrichen. Rassismus und rechte Hetze machen sich auch in Polizei und Römer breit und befördern die Spaltung der Stadt.

Freiräume sind knapp: Ob Kunst, Kultur, soziales Miteinander oder Freizeitgestaltung – auf fast allem klebt in Frankfurt ein Preisschild. Wegen der

hohen Kosten leben die meisten für die Arbeit, anstatt für ein gutes Leben zu arbeiten. Und die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich: Im Schatten der Frankfurter Bankentürme lebt beinahe jedes vierte Kind von Hartz IV.

Auch die Corona-Krise hat die am meisten Benachteiligten am härtesten getroffen. Noch immer leiden Tausende Frankfurter*innen unter Kurzarbeit, Einkommenseinbußen und Arbeitslosigkeit. Beschäftigte in systemrelevanten Berufen wurden beklatscht, erhielten aber keinen

Im Schatten der Frankfurter Bankentürme lebt beinahe jedes vierte Kind von Hartz IV.

Cent mehr Lohn. Für diejenigen, die unbezahlt Kinder und Pflegebedürftige betreuen und Nachbarschaftshilfe leisten, blieb die Anerkennung aus. Doch statt sich um die Sorgen und Existenzängste der Menschen in der Stadt zu kümmern, kündigte der CDU-Kämmerer noch während des Lockdowns Ausgabenkürzungen im städtischen Haushalt an. Solche Streichungen treffen die Schwächsten der Gesellschaft.

Liebe Frankfurter*innen,

Frankfurt hat Zukunft. Die Frage ist nur: für wen? Für uns ist die Antwort klar: Unsere Stadt ist für alle Menschen da, nicht für den Profit einiger weniger. Wir streiten für eine Politik im Interesse der Vielen und nicht der Wenigen; international und auch in Frankfurt.

Dazu müssen wir uns mit den Mächtigen anlegen: mit großen Immobilienkonzernen, die Millionenprofite über das Wohl der Mieter*innen stellen. Mit Banken, die vom Standort Frankfurt profitieren, sich aber nicht angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen wollen. Und mit einer Römer-Koalition aus CDU, SPD und Grünen, die der zunehmenden sozialen Spaltung tatenlos zusieht.

Deshalb brauchen wir eine starke LINKE, die das Profitprinzip zurückdrängt und für eine solidarische Gesellschaft kämpft. Überall und auch im Römer. Eine starke LINKE, die mit Dir gemeinsam Druck für mehr soziale Gerechtigkeit macht. Wir delegieren Politik nicht an Parlamente und Regierungen. Wir machen nicht stellvertretend für die Menschen Politik, sondern mit ihnen. Wir sind Teil von sozialen Bewegungen gegen Mietenwahnsinn und Klimakrise. Wir unterstützen gewerkschaftliche Kämpfe und arbeiten in Bündnissen für ein weltoffenes und solidarisches

Frankfurt. Alle sind eingeladen, mit uns für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen. Denn nur mit Druck von unten können wir eine andere Politik durchsetzen.

DIE LINKE wird in der Stadtverordnetenversammlung jeder Verbesserung der Lebensbedingungen in Frankfurt zustimmen und jede Verschlechterung entschieden bekämpfen. Dafür suchen wir auch die Zusammenarbeit mit all jenen, mit denen ein echter Politikwechsel hin zu einem sozial-ökologischen Umbau möglich ist. Aber Regieren ist für uns kein Selbstzweck: An einer Stadtregierung, die Sozialabbau, Kürzungspolitik, Privatisierungen oder Arbeitsplatzabbau betreibt, werden wir uns nicht beteiligen. DIE LINKE steht für eine Politik im Interesse der Mehrheit der Frankfurter*innen.

Die anderen Parteien wollen, dass Du Deine Stimme nur abgibst. Wir wollen gemeinsam unsere Stimmen erheben: Damit aus dem Wunsch nach einer solidarischen Stadt der Zukunft Wirklichkeit werden kann – und aus der reichen Stadt Frankfurt auch eine Stadt für alle wird.

Holen wir uns die Stadt zurück!

Frankfurt am Main, 24. Oktober 2020



2. Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Am Frankfurter Wohnungsmarkt zeigt sich die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich besonders deutlich: Es herrscht ein eklatanter Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Die Mieten steigen immer weiter und die Zahl der Sozialwohnungen nimmt ab, da kaum neue gebaut wurden und viele Sozialbindungen auslaufen. Um den tatsächlichen Bedarf zu decken, fehlen schätzungsweise 70.000 öffentlich geförderte Wohnungen. Wer sich seinen Stadtteil nicht mehr leisten kann, wird an den Stadtrand, ins Umland oder in die Wohnungslosigkeit verdrängt. Frankfurt braucht eine grundlegend andere Wohnungsbaupolitik.

Linke Wohnungspolitik folgt dem Ziel, dass kein Haushalt mehr als ein Drittel des Nettoeinkommens für die Miete

zahlen soll. Dazu müssen vor allem bezahlbare Wohnungen gebaut werden – insbesondere von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Neue Wohnungen dürfen nicht länger vor allem im hochpreisigen Segment entstehen.

Da Grund und Boden nicht unbegrenzt zur Verfügung steht, muss die Wohnungspolitik dem freien Spiel der Kräfte des Marktes entzogen werden. Immobilienkonzerne und Spekulation

schaffen keinen bezahlbaren Wohnraum. Dafür braucht es demokratische und soziale Wohnungsbaugesellschaften in öffentlichem Eigen-

tum. Mit den stadteigenen Wohnungsgesellschaften wie der ABG hat die Stadt dafür die Zügel in der Hand. Was fehlt, ist der politische Wille.

DIE LINKE kämpft an der Seite zahlreicher Initiativen für bezahlbaren

Wohnungspolitik muss dem freien Spiel der Kräfte des Marktes entzogen werden

Wohnraum und gegen Verdrängung und horrende Mieten. Unser gemein-

sames Ziel ist eine Stadt für alle.

Mehr sozialer Wohnraum für Frankfurt!

Die Hälfte aller Mieter*innen in Frankfurt hat Anspruch auf eine Sozialwohnung mit Mietpreisen von höchstens 6,50 Euro pro Quadratmeter. Mehr als 10.000 Haushalte stehen beim Amt für Wohnungswesen auf der Warteliste für eine Sozialwohnung. Wir brauchen also mehr Sozialwohnungen in Frankfurt!

Stattdessen sinkt die Zahl der Sozialwohnungen drastisch: Bis 2022 wer-

den weitere 4.500 Wohnungen aus der zeitlich befristeten Mietpreisbindung fallen. Dann gibt es weniger als 18.000 Sozialwohnungen in Frankfurt. Anfang der 1990er Jahre waren es noch rund 70.000! Gegen den drastischen Schwund an bezahlbarem Wohnraum wollen wir etwas tun: den Bestand an Sozialwohnungen erhalten – und neue Sozialwohnungen bauen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ 275 Mio. Euro jährlich für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Bisher sind es nur 45 Mio. Euro, die noch nicht einmal vollständig ausgegeben werden.
- ▶ Neubau von mindestens 2.500 Einheiten jährlich im sozialen Wohnungsbau, vor allem durch die stadt eigenen Wohnungsbaugesellschaften.
- ▶ Dauerhafte Sozialbindung bei öffentlichen Sozialwohnungen. Die Bindungsfristen von anderen Sozialwohnungen müssen deutlich verlängert werden. Was einmal als Sozialwohnung gebaut wurde, soll für immer eine Sozialwohnung bleiben.
- ▶ Förderung und Bau von Wohnheimen für Studierende und Auszubildende.
- ▶ Die Miethöhe darf dabei die BAföG-Wohnpauschale, die momentan bei 325 Euro im Monat liegt, nicht überschreiten.
- ▶ Auf Bundesebene muss die Wohngemeinnützigkeit wieder eingeführt werden, d. h. die Förderung gemeinnütziger Wohnungsunternehmen und -genossenschaften, die nicht profitorientiert agieren und deren Hauptziel die Bereitstellung preisgünstigen Wohnraums ist.

Stadteigene Wohnungsgesellschaften stärken

Die Stadt Frankfurt besitzt Anteile an drei Wohnungsgesellschaften: der ABG Frankfurt Holding, der Nassauischen Heimstätte (NH) und der GWH. Der Auftrag dieser öffentlichen Wohnungsgesellschaften ist eine „sozial verantwortbare Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung“ (laut Gesellschaftervertrag/Satzung).

Statt diesem Auftrag gerecht zu werden, bauen die öffentlichen Wohnungsgesellschaften inzwischen überwiegend teure Wohnungen. Die Nassauische Heimstätte baut beispielsweise Eigentumswohnungen im Europaviertel. Immer öfter arbeiten NH und ABG mit Privatinvestoren zusammen und privatisieren dabei Grundstücke. Damit beteiligen sich öffentliche Wohnungsgesellschaften am Ausverkauf der Stadt!

Fast ein Viertel der Frankfurter Bevölkerung wohnt in einer der 53.000 Wohnungen der ABG. Damit hat die Stadt eine enorme Einflussmöglichkeit auf den Wohnungsmarkt in Frankfurt, die sie jedoch nicht im Sinne des Allgemeinwohls nutzt: Die Mieten steigen und damit auch die Gewinne der ABG.

Im Jahr 2018 machte die ABG einen Gewinn von 112,7 Mio. Euro. Davon schüttet sie noch Gelder an den städtischen Haushalt aus, und die Eigenkapitalquote hat sich in den letzten

20 Jahren fast verdoppelt. Hier muss die Stadt Frankfurt als Eigentümerin umsteuern und dafür sorgen, dass die Gewinne der ABG in neuen bezahlbaren Wohnraum reinvestiert und durch Mietsenkungen an die Mieter*innen weitergegeben werden.

Die ABG muss wieder zu dem werden, was sie laut ihrer Satzung sein sollte: eine Gesellschaft zur Versorgung mittlerer und unterer Einkommenschichten mit preiswertem Wohnraum.

Seit 2017 gilt bei der ABG der Mietstopp: Die Miete darf nur um maximal ein Prozent pro Jahr steigen. Das ist ein Erfolg der Miet-Initiativen, die für den Mietstopp gekämpft haben. Bisher gilt der Mietstopp allerdings nur bei der ABG und eingeschränkt bei der Nassauischen Heimstätte.

Im Herbst 2018 haben mehr als 25.000 Frankfurter*innen für den Mietentscheid Frankfurt unterschrieben. Sie fordern einen Bürger*innen-Entscheid, der zu mehr bezahlbarem Wohnraum bei der ABG führen würde. Die Koalition lehnt eine demokratische Mitsprache der Frankfurter*innen ab und versucht, den Bürger*innen-Entscheid mit allen Mitteln hinauszuzögern und zu blockieren. DIE LINKE hat den Mietentscheid von Beginn an unterstützt und kämpft gemeinsam

Fast ein Viertel der Frankfurter Bevölkerung wohnt in einer der 53.000 Wohnungen der ABG

mit den über 45 unterstützenden Mieter*innen-Initiativen, Gewerkschaften und Verbänden für die Umsetzung von dessen Forderungen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Mehr sozialen Wohnraum mit einer sozial ausgerichteten ABG und den anderen öffentlichen Wohnungsgesellschaften. Die öffentlichen Wohnungsgesellschaften müssen die Mieten senken und in bezahlbare neue Wohnungen investieren – statt Millionengewinne zu erwirtschaften.
- ▶ Mietentscheid umsetzen! Wenn öffentliche Wohnungsgesellschaften bauen, sollen zu 100 Prozent geförderte Wohnungen entstehen. Für ABG-Mieter*innen, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, jedoch eine höhere Miete zahlen, wird die Miete entsprechend gesenkt. Frei werdende Wohnungen werden zu den Bedingungen des geförderten Wohnens weitervermietet.
- ▶ Eine massive Aufstockung des öffentlichen Wohnungsbestands durch die konsequente Nutzung von Vorkaufsrechten und die Rekommunalisierung ehemals öffentlicher Wohnungen.
- ▶ Kein Neubau von Eigentumswohnungen durch die öffentlichen Wohnungsgesellschaften. Kein Verkauf von Wohnungen in öffentlichem Eigentum wie z. B. von der Nassauischen Heimstätte in Westhausen.
- ▶ Keine Zwangsräumungen aus Wohnungen von öffentlichen Wohnungsgesellschaften.
- ▶ Die Geschäfte der Wohnungsgesellschaften müssen transparent ablaufen statt hinter verschlossenen Türen.
- ▶ Eine Demokratisierung der stadteigenen Wohnungsgesellschaften. Dazu gehören auch die Mitbestimmung der Mieter*innen durch Mieter*innenbeiräte und ihre Vertretung in Aufsichts- und Kontrollgremien.

Mieter*innen nicht verdrängen, sondern schützen!

Viele Menschen bezahlen die Hälfte ihres Einkommens oder mehr für die Miete. Versprechen, die z. B. mit der Mietpreisbremse gemacht worden sind, sind nicht erfüllt worden. Mit der Corona-Krise hat sich die Situation für viele Mieter*innen weiter verschärft.

Mietpreise von 15 Euro pro Quadratmeter sind keine Seltenheit, und hohe Nebenkosten kommen oft noch hinzu. Für Normalverdienende ist es kaum möglich, eine Wohnung in Frankfurt zu finden. Alleinerziehende, Arbeitslose, Auszubildende, Rentner*innen werden erst recht de facto vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen. Um die Wohnung nicht aufgeben zu müssen, sparen viele Mieter*innen nach einer Mieterhöhung an den Lebensmitteln oder anderen Gütern des täglichen Bedarfs, da ein Umzug wegen der hohen Mietpreise ausgeschlossen ist. Auf das soziale Umfeld im Stadtteil – Nachbar*innen, Freund*innen, Nahverkehr, die Apotheke um die Ecke – sind viele angewiesen. Wir wollen, dass Mieter*innen in Frankfurt nicht aus ihrem Lebens-

umfeld verdrängt werden!

Der Mietspiegel ist zur Begrenzung der Mieten unbrauchbar, denn er wird nicht aus allen Mieten, sondern nur aus den Mietänderungen der letzten vier Jahre ermittelt. Da die nicht erhöhten Wohnungsmieten unberücksichtigt bleiben, gelingt es so nicht, für eine sozialverträgliche Mietpreisentwicklung zu sorgen. Vielmehr orientieren Vermieter*innen an dem steigenden Mietspiegel ihre Mieterhöhungen.

Kein Haushalt soll mehr als ein Drittel des Nettoeinkommens für die Miete zahlen

Obwohl in Frankfurt ein großer Mangel an bezahlbarem Wohnraum herrscht, lassen Eigentümer*innen

Wohnhäuser leer stehen. Die Landesregierung hat der Wohnungsspekulation Tür und Tor geöffnet, weil sie die Landesverordnung, die Leerstand verhindern kann, außer Kraft gesetzt hat.

Die Mietgesetze auf Bundesebene müssen geändert werden, um Mieter*innen besser zu schützen und ihre Rechte zu stärken. Dafür setzt sich DIE LINKE ein mit dem Ziel, dass kein Haushalt mehr als ein Drittel des Nettoeinkommens für die Miete zahlen soll.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Mieter*innen müssen per Milieuschutzsatzungen vor der Verdrängung aus ihren Stadtteilen geschützt werden: Neue Milieuschutzsatzungen müssen erlassen, die bestehenden Kriterien verschärft und transparent gemacht sowie das Vorkaufsrecht der Stadt konsequent genutzt werden.

- ▶ Mietpreisüberhöhung – z. B. wegen Möblierung – und Verstöße gegen die Mietpreisbremse müssen konsequent geahndet werden.
- ▶ Der nächste Mietspiegel 2022 darf kein Mieterhöhungsspiegel mehr sein. Alle Mieten müssen aufgenommen werden und nicht nur solche, die in den letzten sechs Jahren erhöht wurden.
- ▶ Einen Mietendeckel, damit Mieter*innen keine drastischen Mietsteigerungen mehr fürchten müssen. Dafür machen wir Druck auf Landesebene, damit das nötige Gesetz vom Hessischen Landtag erlassen wird.
- ▶ Das Land Hessen muss das Wohnraumzweckentfremdungsverbot, mit dem z. B. Leerstand verhindert werden kann, wieder in Kraft setzen.
- ▶ Bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen muss der Kündigungsschutz von fünf Jahren wieder auf zehn Jahre verlängert werden.
- ▶ Die Kosten von Modernisierungen dürfen nicht den Mieter*innen aufgelastet werden.
- ▶ Verbrauchsunabhängige Nebenkosten – wie die Grundsteuer, Gebäude- und Haftpflichtversicherung – dürfen nicht länger auf die Mieter*innen umgelegt werden können.
- ▶ Enteignung und Vergesellschaftung von großen Immobilienkonzernen – wie z.B. Vonovia oder Deutsche Wohnen. Laut Grundgesetz (Art. 14 und 15) ist das möglich und geboten, wenn mit Eigentum Missbrauch zum Schaden der Allgemeinheit getrieben wird.

Grund und Boden dem Markt entziehen – Kein Verkauf von öffentlichen Grundstücken!

Grund und Boden ist nicht vermehrbar. Die Verfügungsmacht darüber darf nicht dem Markt überlassen werden. Mit dem Verkauf von Grundstücken überträgt die Stadt Frankfurt aber immer mehr Flächen privaten und institutionellen Investoren. Allein seit 2016 sind mehr als 60.000 Quadratmeter Fläche von der Stadt verkauft

entspricht der Fläche von etwa sieben Fußballfeldern.

Allein seit 2016 sind mehr als 60.000 Quadratmeter Fläche von der Stadt verkauft worden. Das entspricht der Fläche von etwa sieben Fußballfeldern

Die Verkäufe finden meist ohne Mitsprache oder Kenntnis der Öffentlichkeit statt – teilweise werden nicht einmal die gewählten Stadtverordneten darüber informiert. Grundstücksverkäufe tä-

tigt die Stadt über die stadt-eigenen

Gesellschaften wie die ABG, KEG, Rebstock Projektgesellschaft mbH, Dom Römer GmbH, usw. Zudem besitzen stadtnahe Stiftungen wie der Allgemeine Almosenkasten viele Grundstücke und betreiben Geschäfte damit. Auch diese Grundstücksengeschäfte werden hinter verschlossenen Türen abgewickelt.

Ein prominentes Beispiel ist das Gelände des alten Polizeipräsidiums: In Zusammenarbeit mit dem Land Hessen hätte die Stadt Frankfurt durch ein entschlossenes Vorgehen dort bezahlbaren Wohnraum per Bebauungsplan sichern können. Stattdessen verkaufte das Land Hessen das Gelände für 212,5 Millionen Euro an einen privaten Investor.

Auf dem Campus Bockenheim, der eigentlich zum „Kulturcampus“ werden sollte, wurden auf ehemals öffentlichen Grundstücken bisher hauptsächlich Luxusapartments, Büros und ein Hotel gebaut. Eine soziale Wohnungspolitik sieht anders aus!

Wir wollen eine vorausschauende, langfristige Bodenpolitik durchsetzen und setzen uns bundesweit dafür ein, dass Gewinne aus Bodenspekulation steuerlich komplett abgeschöpft werden. Die Stadt Frankfurt soll wieder vermehrt Flächen kaufen statt zu verkaufen. Der Ausverkauf der Stadt muss aufhören – wir wollen eine Stadt für Menschen, nicht für Investor*innen!

DIE LINKE fordert:

- ▶ Kein Verkauf von Grundstücken durch die Stadt, stadteigene Gesellschaften oder stadtnahe Stiftungen.
- ▶ Grundstückspolitik öffentlich und transparent machen.
- ▶ Öffentliche Grundstücke nur per Erbbaurecht mit Rückkaufsrecht und unter Festschreibung von sozialen und gemeinnützigen Konditionen an öffentliche Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften und gemeinschaftliche Wohnprojekte vergeben.
- ▶ Vorkaufsrecht der Stadt im Geltungsbereich von Milieuschutzsatzungen nutzen, um Luxussanierung und Spekulation zu verhindern.
- ▶ Mehr Geld und ausreichendes Personal, um Flächen zu kaufen und das Vorkaufsrecht nutzen.
- ▶ Die Grundstücke um den ehemaligen Campus Bockenheim müssen genutzt werden, um bezahlbaren Wohnraum und Räume für Kultur und Begegnungen zu schaffen.
- ▶ Auf Bundesebene: Das Grunderwerbssteuerschlupfloch „Shared Deal“ beim Weiterverkauf von Grundstücken zwischen GmbHs abschaffen und Gewinne durch Bodenspekulationen steuerlich abschöpfen.

Für eine solidarische Stadtentwicklung – sozial, ökologisch und barrierefrei!

Fast alle Parteien haben „Bauen! Bauen! Bauen!“ als Schlachtruf der Wohnungspolitik entdeckt. Wir finden: Neubau allein löst die Probleme nicht. Entscheidend ist, was und für wen gebaut wird.

In Frankfurt wird viel gebaut. Doch die neuen Wohnungen entstehen fast ausschließlich im hochpreisigen Segment – sowohl auf neu erschlossenen Flächen als auch durch Nachverdichtung und Aufstockung bestehender Gebäude. 20 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter sind im Neubau keine Seltenheit.

In der Vergangenheit wurden massenhaft Chancen vertan, um durch Neubau bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. So ist z. B. im Europaviertel, auf dem Riedberg, im Westhafenviertel, im Ostend rund um die EZB, auf dem Campus Bockenheim und in der Neuen Altstadt zwar neuer, aber teurer Wohnraum geschaffen worden.

Auch die Wohnungen, die in der Plattsiedlung durch Aufstockung und Nachverdichtung entstehen, sind teilweise doppelt so teuer wie die Bestandswohnungen. Diese Wohnungen führen nicht zu einer Entspannung der Situation auf dem Wohnungsmarkt, im Gegenteil: Sie treiben die Mieten in den umliegenden Gegenden hoch.

Geplant wird an den Bürger*innen vorbei – in nicht-öffentlichen Sitzungen. Die neuen Stadtviertel sind zu großen Teilen übersteuert, gesichtslos, grau und autolastig.

Aus diesen Fehlern muss die Politik endlich lernen und Platz für bezahlbares Wohnen schaffen statt für immer mehr Luxustürme und exklusives Wohnen für Reiche. Ohne verbindliche Quoten und Vorgaben wird auch der geplante neue Stadtteil im Nordwesten den Mangel an bezahlbarem Wohnraum nicht lindern.

Der Baulandbeschluss der Römer-Koalition geht dazu längst nicht weit genug. Die Quote geförderter Wohnraums muss deutlich erhöht werden – zumindest auf die 68 Prozent der Frankfurter

***Mit viel Mühe erarbeiten
Stadtteilinitiativen konstruktive
Lösungen, die dann nicht
umgesetzt werden. Das ist
nicht der richtige Weg für eine
demokratische Stadtplanung
im Interesse der Mehrheit der
Menschen***

Miethaushalte, die Anspruch auf eine geförderte Wohnung haben. Zudem darf öffentlichen Wohnungsgesellschaften nicht der Bau von Eigentumswohnungen vorgeschrieben werden. Eine klimagerechte Stadtentwicklung sollte als verbindliches Ziel festgeschrieben werden.

Auch das Stadtentwicklungskonzept „Frankfurt 2030“ aus dem Jahr 2019 zeigt keinerlei Willen zu Veränderungen in der Stadtplanung. Dabei wer-



den auch die ökologischen Belange im Neubau vernachlässigt, z. B. wenn die Grüne Lunge am Günthersburgpark im Nordend überbaut werden soll oder die Planung von Brauchwassernetzen als zu umständlich abgetan wird.

Die Verwendung nachhaltiger Baustoffe, geringer Energieverbrauch, Photovoltaik und Solarthermie, Sensibilität für Artenschutz und die Berücksichtigung von Grünflächen und Luftströmen – all das wird in Frankfurt zu gering oder gar nicht berücksichtigt. Das wollen wir ändern.

Wir stehen für ein Frankfurt, in dem alle gemeinsam und solidarisch leben können. Sozial-ökologisch Bauen beinhaltet für DIE LINKE Barrierefreiheit: Die barrierefreie Stadt bedeutet, dass Hindernisse im öffentlichen Raum abgebaut werden, damit alle Menschen die Stadt gleichberechtigt nutzen können – ob an Krücken, mit dem Kinderwagen, sehbehindert oder blind, mit großem Gepäck oder im Rollstuhl. Die

Barrierefreiheit bei Wohnungsbauprojekten darf nicht an der Haustür aufhören!

Die Anwohner*innen kennen ihren Stadtteil oft am besten und doch wird meistens über ihre Köpfe hinweg entschieden. Mit viel Mühe erarbeiten Stadtteilinitiativen konstruktive Lösungen, die dann nicht umgesetzt werden. Das ist nicht der richtige Weg für eine demokratische Stadtplanung im Interesse der Mehrheit der Menschen. Stattdessen sollen Bürger*innen informiert, angehört und ihre Ideen und Warnungen berücksichtigt werden.

Der „Stadtteil der Quartiere“ im Norden von Praunheim und der Nordweststadt wird nicht begrüßt. Auch wenn die Notwendigkeit gesehen wird, weitere Flächen für eine Wohnbebauung auszuweisen, so sind die jetzt beplanten Flächen aus Gründen des Natur-, Wasser- und Klimaschutzes für die angrenzenden Stadtteile ungeeignet.

Sollte es dennoch zu einer Bebauung kommen, so ist nur unter den folgenden Voraussetzungen eine Zustimmung der Linken möglich:

- + Klima-, Wasser- und Naturschutz müssen so berücksichtigt werden, dass für die angrenzenden Stadtteile keine klimatischen Nachteile entstehen und die vorhandenen Kaltluftschneisen weiterhin Bestand haben. Das Problem der Abgasbelastung sowie der übrigen Schadstoffe durch die Autobahn A5 müssen gelöst werden.
- + Die Verlegung der Hochspannungsleitungen muss erfolgen.
- + Die Infrastruktur muss vor Beginn der Wohnbebauung geschaffen werden. Vor allem die Erschließung des Baugebietes durch Anbindung an die

geplanten Bahnstrecken und das U-Bahnnetz muss vor Beginn der Bau-
maßnahmen erfolgen.

- + Dem großen Bedarf an preisgünstigem Wohnraum muss Rechnung getra-
gen werden, indem je zu einem Drittel Sozialwohnungen und Wohnungen
nach dem Mittelstandsprogramm, darüber hinaus Flächen für genossen-
schaftliches und gemeinschaftliches Wohnen ausgewiesen werden. Es
sollen keine Eigentumswohnungen entstehen.
- + Der notwendige Lärmschutz darf nicht durch den Bau von Sozialwohnun-
gen hergestellt werden. Eine optimale Lösung ist nur möglich mit einer
Einhausung der Autobahn.

Frankfurts Flächen sind begrenzt. Um
die klimabedeutsamen Grünflächen
und Frischluftschneisen zu erhalten,
muss es eine Grenze für die Bebauung

geben. Es ist deshalb zentral, mit dem
Umland in Gesprächen auf Augenhöhe
den Dialog für eine Wohnraumpolitik in
der Region zu führen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Neubau nur sozial und ökologisch – Mehr Mitsprache und Transparenz
beim Bauen.
- ▶ Bei neuen Baugebieten müssen mindestens 68 Prozent der Wohnbauflä-
chen mit geförderten Wohnungen bebaut werden – dies entspricht dem
Anteil der Frankfurter Miethaushalte, die Anspruch auf eine geförderte
Wohnung haben. Sofern die zu bebauenden Grundstücke in öffentlicher
Hand sind, sollen zu 100 Prozent geförderte Wohnungen entstehen, davon
mindestens 50 Prozent Sozialwohnungen.
- ▶ Auch Bebauungen in Baulücken, die nach §34 BauGB genehmigt werden,
müssen auf ihre soziale und ökologische Verträglichkeit geprüft und das
Genehmigungsverfahren transparent gestaltet werden.
- ▶ Die Miethöhe der Bestandsmieten muss bei Nachverdichtungen erhalten
bleiben.
- ▶ Nachverdichtungen dürfen nur mit entsprechender Erweiterung der so-
zialen, kulturellen und ökologischen Infrastruktur genehmigt werden, z.
B. Jugend- und Sozialzentren, Haltepunkt des öffentlichen Nahverkehrs,
Schulen, Kindertagesstätten, Grün- und Gartenflächen.
- ▶ Bei der Schaffung neuen Wohnraums ist konsequent darauf zu achten,
dass keine Barrieren entstehen. Neubauten müssen von vornherein barriere-

- refrei konzipiert werden, und bei Umbauten ist auf den Abbau von Barrieren unbedingt zu achten.
- ▶ Vor jeglicher Bebauung müssen die Auswirkungen auf das Klima und die Artenvielfalt analysiert und ein Konzept zu möglichst geringer Einwirkung auf vorhandene Luftströme vorgelegt werden. Neubauten sollen nach Möglichkeit den Zugang zum Fernwärmenetz erhalten.
 - ▶ Wenn Flächen versiegelt werden, muss als Ausgleich entsiegelt werden. Keine Bebauung des Grüngürtels und der noch nicht versiegelten Flächen an der Grünen Lunge im Nordend.
 - ▶ Bei neuen Bauprojekten muss auf die Verwendung nachhaltiger Baustoffe und einen möglichst geringen Energieaufwand geachtet werden.
 - ▶ Der Wasserverbrauch neuer Gebäude muss möglichst gering sein und bei größeren Projekten ein eigenes Brauchwassernetz installiert werden.
 - ▶ Alle geeigneten städtischen Dächer und Freiflächen (auch der Tochterunternehmen und städtischen Beteiligungsgesellschaften) werden bis 2025 mit der maximalen Auslastung an Solaranlagen (Fotovoltaik oder Solarthermie) bestückt. Wo eine Solaranlage nicht installiert werden kann, soll eine Dachbegrünung geprüft werden.
 - ▶ Neue Bauprojekte sind hauptsächlich über nachhaltige Formen der Mobilität zu erschließen und an den öffentlichen Nahverkehr anzuschließen.
 - ▶ Neue Baugebiete und bestehende Planungen müssen von Anfang an transparent gemacht werden.
 - ▶ Konstruktive und frühzeitige Einbeziehung der Bürger*innen in Bauplanungen vor Ort.

Genossenschaften und Wohnprojekte stärken

Genossenschaften sichern aufgrund ihrer basisdemokratischen Strukturen eine bezahlbare Wohnraumversorgung ihrer Mitglieder. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag für das Frankfurter Wohnungswesen, den es zu unterstützen gilt. Das Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen unter-

stützt Menschen, die gemeinschaftlich zu fairen Mieten wohnen wollen, und koordiniert die Vergabe von Grundstücken nach dem besten Konzept. Wir wollen diese genossenschaftlichen und solidarischen Strukturen stärken und fördern.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Bei neuen Baugebieten 20 Prozent der Wohnbaufläche für gemeinschaftliche Wohnformen zur Verfügung zu stellen.

- ▶ Liegenschaftsfonds zur Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten stärken.
- ▶ Bei neu gegründeten Wohnprojektgruppen den Erwerb bzw. die Pacht von Baugrund erleichtern, sofern sozialverträgliche Miethöhen gesichert sind bzw. die Eigentumsrechte nicht profitorientiert weiterveräußert werden können.
- ▶ Die sogenannten Bestands- und Traditions-genossenschaften werden durch Fördermittel beim Erhalt preiswerten Wohnraums unterstützt.

Obdachlosigkeit bekämpfen – Menschenwürdiges Wohnen für alle sicherstellen

Durch Mieterhöhungen, Zwangsräumungen, Gewalt in der Familie und vielfältige andere Umstände verlieren Menschen ihre Wohnung. Da es kaum bezahlbaren Wohnraum oder geförderte Wohnungen gibt, nimmt die Wohnungslosigkeit in Frankfurt zu. Die Frauenhäuser sind überfüllt und können oft keine neuen Personen mehr aufnehmen, weshalb insbesondere Frauen und Mädchen weiter in Gewalt-Wohnverhältnissen leben müssen.

Viele Wanderarbeiter*innen, vor allem aus den osteuropäischen Ländern, leben in beengten Unterkünften mit problematischen hygienischen Bedingungen. Wohnungslosen Familien stellt die Stadt Unterkünfte zur Verfügung, die beengt, teilweise gesund-

heitsgefährdend und teuer sind. Das soziale Sicherheitsgefühl einer Wohnung können sie nicht ersetzen.

Obdachlosigkeit sollte es in einer reichen Stadt wie Frankfurt gar nicht geben. Tatsächlich kommt es wegen steigender Wohnungspreise, Zwangsräumungen und aus anderen Gründen zu immer mehr und länger andauernder Obdachlosigkeit. Dem stellen wir uns entgegen, denn das Menschenrecht auf eine angemessene Wohnung gilt für alle! In Städten wie Düsseldorf oder Berlin werden erste Pilotprojekte nach dem Modell „Housing First“ erprobt, bei dem die Priorität ist, dass Obdachlose ohne jede Auflage in eine eigene, langfristig gesicherte Wohnung einziehen können.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Gute, bezahlbare Wohnungen für menschenwürdiges Wohnen statt beengter Notunterkünfte, Unterbringung in der B-Ebene von U-Bahn-Stationen und Straßenobdachlosigkeit.
- ▶ „Housing First“-Projekt gegen Obdachlosigkeit für Frankfurt.
- ▶ Zwangsräumungen aufgrund von Mietrückständen sowie Zwangsumzüge



aufgrund von Hartz IV und Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit müssen untersagt werden.

- ▶ Eine negative Schufa-Auskunft darf für Wohnungsbaugesellschaften kein Vorwand sein, um Wohnungssuchenden den Zugang zu angemessenem Wohnraum zu versagen.
- ▶ Eine Unterkunft (Boardinghaus) für Wanderarbeiter*innen ist einzurichten, da das Sozialgesetzbuch ihnen keinen Anspruch auf Unterbringung gewährt. Mit fester Adresse besteht ein Zugang zu sicheren Wohn- und Arbeitsverhältnissen.

3. Solidarisch wirtschaften - Gute Arbeit fördern

Die Wirtschaft soll dem Wohl der Menschen dienen. Doch die Realität sieht für viele Menschen leider anders aus – auch in Frankfurt. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat Armut, soziale Ausgrenzung, Sozialabbau und Lohndumping verschärft.

In Frankfurt leben viele Menschen in Armut. Im Schatten der Bankentürme ist mittlerweile jedes fünfte Kind davon betroffen. Die prekäre Lage vieler Geringverdiener*innen, Rentner*innen und Hartz-IV-Bezieher*innen zeigt sich an der hohen Anzahl von Bedürftigen, die Tafeln und Suppenküchen aufsuchen müssen, um sich und ihre Familie zu ernähren. Ungeschützte prekäre Beschäftigung breitet sich aus. Es gibt auch in der Metropole Frankfurt zu wenig gute Arbeitsplätze.

***Im Schatten der
Bankentürme ist
mittlerweile jedes
fünfte Kind von Armut
betroffen***

Die Corona-Krise und ihre wirtschaftlichen Folgen haben die soziale Spaltung und die finanzielle Situation für viele Menschen durch Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzverlust weiter verschärft. Viele Menschen haben ihre Minijobs verloren und erhalten nicht mal Arbeitslosengeld I. Viele müssen dauerhaft von Kurzarbeitergeld leben oder stehen als Selbstständige vor dem wirtschaftlichen Ruin. Für die Beschäftigten, die als „systemrelevant“

zu Beginn der Krise öffentlich gelobt und beklatscht wurden, hat sich bisher nichts verbessert. Wir setzen uns dafür ein, dass die Folgen der Krise für die Beschäftigten und

Selbstständigen wirtschaftlich und sozial abgedeckt werden. Die Krise darf nicht dazu genutzt werden, um

Arbeitszeitregelungen zu verschlechtern, Sonntagsarbeit auszuweiten und andere Rechte von Arbeitnehmer*innen zu beschneiden. Ganz im Gegenteil: Wir wollen die Wirtschaft stärker am Gemeinwohl ausrichten und Beschäftigte besser schützen.

Gute Arbeit und Tarifverträge statt Befristungen und Niedriglohn! Wir wollen zusätzliche existenzsichernde, tariflich entlohnte und sozialver-

sicherungspflichtige Arbeit schaffen. Zugleich wollen wir prekäre Beschäftigung, insbesondere Leiharbeit, Befristungen und missbräuchliche Werkvertragsarbeit zurückdrängen. Wir setzen uns für eine Arbeitszeitver-

kürzung, die Umverteilung von Arbeit und eine Aufwertung gesellschaftlich notwendiger, dem Gemeinwohl dienender Tätigkeiten ein, wie in der Pflege, in den Kitas und im sozialen Bereich.

Gute Arbeit und Tarifverträge statt Befristungen und Niedriglohn!

Die Stadt Frankfurt muss Vorbild sein

Die Stadt Frankfurt muss als öffentlicher Arbeitgeber Vorbild sein und mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind das Rückgrat dieser Stadt, ob im öffentli-

chen Gesundheitsdienst, in den Planungsämtern oder im sozialen Bereich. Wir brauchen gute Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, mit guten Arbeitsbedingungen und Löhnen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Unbesetzte oder neu ausgeschriebene Stellen bei der Stadt Frankfurt sind zügig (wieder) zu besetzen.
- ▶ Berufe im sozialen Bereich wie in den Kitas und in der Sozialarbeit müssen aufgewertet und besser vergütet werden.
- ▶ Durch den Ausbau der städtischen Verwaltung wollen wir einen besseren Service für die Frankfurterinnen und Frankfurter erreichen und neue Arbeitsplätze schaffen.
- ▶ Wiederherstellung, ggf. Neugründung der Bau- und Betriebshöfe der Stadt; viele städtische Arbeiten und Aufträge können in Eigenregie übernommen werden.
- ▶ Schaffung von Ausbildungsplätzen über den eigenen Bedarf hinaus - gerade für Jugendliche, die nur schwer einen Ausbildungsplatz finden. Auch in den Betrieben, die der Stadt Frankfurt gehören oder an denen sie beteiligt

ist, sind Ausbildung und Beschäftigung auszuweiten.

- ▶ Auszubildende, deren Ausbildung aufgrund der Corona-Krise gefährdet ist, brauchen Unterstützung und Angebote seitens der Stadt wie z.B. die Realisierung eines Azubi-Wohnheims.
- ▶ Langzeiterwerbslose sind verstärkt im öffentlichen Dienst und in Unternehmen im städtischen Besitz, auch privatrechtlich organisierten, einzustellen.
- ▶ Die Stadt Frankfurt muss Diskriminierung und Mobbing am Arbeitsplatz entgegenwirken und eine sinnvolle und behindertengerechte Arbeitsorganisation vorleben.

Verpflichtung zu Tariftreue, Nachhaltigkeit und sozialen Standards

Die Stadt Frankfurt muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gewährleisten und kontrollieren, dass soziale und ökologische Standards eingehalten werden. Alle Arbeiten im Auftrag der Stadt müssen nach Tarif bezahlt werden. Unternehmen, die Tarifflicht be-

gehen, dauerhaft nicht ausbilden und soziale und ökologische Standards missachten und deshalb billigere Angebote bei Ausschreibungen abgeben können, dürfen keine öffentlichen Aufträge erhalten.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Unternehmen, die städtische Aufträge erhalten, müssen die tariflichen Vereinbarungen anwenden, berufliche Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten. Dies muss auch für Subunternehmer sichergestellt werden.
- ▶ Die Stadt verpflichtet sich zur Ausfinanzierung der Kosten bei städtischen Aufträgen und Zuschüssen an freie Träger, inklusive Tarifsteigerungen.
- ▶ Unternehmen, die aktive Gleichstellungspolitik, Anti-Diskriminierungsarbeit und Elternfreundlichkeit nachweisen, sind bei der Vergabe von Aufträgen zu bevorzugen.
- ▶ Die Kontrollen zur Tariftreue und zum Arbeitsschutz müssen verbessert werden, so dass diese Standards auch tatsächlich eingehalten werden und nicht durch Vergabe an Subunternehmen umgangen werden.

Für eine aktive statt repressive Arbeitsmarktpolitik

Statt Erwerbslose zu sanktionieren, zu gängeln und sie unter der ständigen Androhung von Leistungskürzungen zu oft wenig sinnvollen Maßnahmen zu zwingen, braucht es einen respektvollen Umgang und echte Hilfsangebote zur Weiterqualifizierung und bei der Arbeitsplatzsuche.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Das Personal im Jobcenter ist aufzustocken, bis der gesetzlich festgelegte Betreuungsschlüssel plus einer Ausfallreserve von 20 Prozent erreicht ist.
- ▶ Die Vermittlung der Rückkehr ins Erwerbsleben darf nicht länger in der Hand privater Jobvermittler und Leiharbeits-Unternehmen bleiben.
- ▶ Es ist sicherzustellen, dass erwerbslose Frauen in gleichem Maße wie Männer Zugang zu den Fördermaßnahmen erhalten. Ziel muss eine existenzsichernde Erwerbsarbeit sein.
- ▶ Die Teilnahme an Wiedereingliederungsprogrammen muss auf freiwilliger Basis erfolgen.
- ▶ Keine „gläsernen Erwerbslosen“: Kein Zwang zur Entbindung des Maßnahmeträgers von der Schweigepflicht gegenüber Jobcentern oder anderen als Bedingung für die Teilnahme.
- ▶ Alle Zwangsvermittlungen in unterbezahlte oder unzumutbare Arbeit sind einzustellen.
- ▶ Mitspracherecht der Erwerbslosen bei Qualifizierungsmaßnahmen.
- ▶ Vorrang für reguläre Berufsausbildungen sowie Umschulungen und Weiterbildungen mit anerkannten Abschlüssen.
- ▶ Alle Beschäftigten der Jobcenter sind in ein unbefristetes und existenzsicherndes Arbeitsverhältnis zu übernehmen und kontinuierlich zu schulen.

Sozial-ökologisches Investitionsprogramm zur Sanierung der Infrastruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Gerade in der Corona-Krise sind gesellschaftliche Missstände, verpasste Investitionen und die chronische Unterfinanzierung öffentlicher Einrichtungen besonders deutlich zutage getreten. Viele Schulgebäude sind marode, räumlich beengt, und aufgrund fehlen-

der sanitärer Anlagen können Hygieneauflagen im Fall einer Pandemie nicht umgesetzt werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst und Krankenhäuser sind unterfinanziert, die energetische Sanierung kommt kaum voran.

Um die öffentliche Infrastruktur nicht

weiter verrotten zu lassen, um Arbeitsplätze zu schaffen und die regionale Wirtschaft durch Aufträge zu stärken, wollen wir ein städtisches Investitionsprogramm auflegen. Dadurch können 3.500 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und die öffentliche Infrastruk-

tur saniert werden, um die schlimmsten Missstände zu beseitigen. Ein solches sozial-ökologisches Investitionsprogramm würde sich durch zusätzlich entstehende Einnahmen zu etwa einem Drittel selbst refinanzieren.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro jährlich für die nächsten fünf Jahre zum Bau und zur Sanierung von Kitas, Schulen, Brücken, Straßen und sozialem Wohnungsbau.
- ▶ Gute Arbeit sicherstellen: Durch die Ausschreibungspraxis und regelmäßige Kontrollen muss die Stadt dafür Sorge tragen, dass Tarifverträge, ökologische Standards sowie Vorschriften zum Arbeits- und Gesundheitsschutz eingehalten werden und nicht durch die Vergabe an Subunternehmen unterlaufen werden.
- ▶ Das Investitionsprogramm soll vorrangig mit regionalen Unternehmen umgesetzt werden.

Rekommunalisierung statt Privatisierung

Die Stadtregierungen betrieben in den letzten Jahren und Jahrzehnten mit Verweis auf angeblich leere Kassen die Enteignung der Bürgerinnen und Bürger: Sozialwohnungen, Verkehrsbetriebe, Müllabfuhr, Stadtreinigung, Städtische Küchenbetriebe und vieles

mehr wurden privatisiert, ausgelagert bzw. umgewandelt. Die Folgen sind Arbeitsverdichtung und schlechtere Bedingungen für die Beschäftigten und steigende Preise und oftmals sinkende Qualität für die Bürger*innen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Keine Privatisierung von öffentlichen Betrieben, Einrichtungen und Aufgaben. Kommunale Daseinsvorsorge gehört in kommunale Hand.
- ▶ Rückführung von bereits privatisierten kommunalen Unternehmen in die öffentliche Hand.
- ▶ Keine Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und privaten Unter-



nehmen (Private Public Partnership, PPP), bei denen Finanzkonzerne hohe Profite auf Kosten der öffentlichen Kassen einstreichen.

Förderung der regionalen Wirtschaft

In Frankfurt und der Region gibt es viele kleine und mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe und Selbstständige, die sich um ihre Existenz sorgen müssen – nicht erst seit der Corona-Krise. Durch Ansiedlungen großer Märkte auf der grünen Wiese wird der wohnortnahe Einzelhandel in den Stadtteilen gefährdet, Wege wer-

den weiter und eine Zunahme des Verkehrs wird gefördert. Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die kleine und mittelständische Unternehmen stärker in den Blick nimmt und fördert. Insbesondere die Solo-Selbstständigen brauchen finanzielle Hilfe, damit die Einbußen während der Krise nicht in den Ruin führen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu fördern, Verkehrsströme zu reduzieren und wohnortnahe Arbeiten zu ermöglichen.
- ▶ Die Nahversorgung in den Stadtteilen muss gesichert und gefördert werden.
- ▶ Um die Verödung von Stadtteilen zu verhindern, müssen alteingesessene lokale Einzelhändler besser gegen die Konkurrenz der großen Ketten und gegen die Verdrängung durch überhöhte Mieten geschützt werden. Die Änderung von Nutzungssatzungen in Mischgebieten ist hier ein sinnvolles Instrument.
- ▶ Einen Mietpreisdeckel – auch im Falle der gewerblichen Nutzung für kleine und Kleinstbetriebe.

Industriepolitik in Frankfurt

In der Frankfurter Wirtschaftspolitik spielt die Industrie leider nur eine untergeordnete Rolle. Banken und Finanzsektor, Dienstleister und Versicherungen stehen im Vordergrund. Auch durch eine verfehlte Politik sind immer mehr Industriebetriebe aus Frankfurt weggezogen. Heute ist nicht einmal je-

der zehnte Arbeitsplatz in Frankfurt ein Industriearbeitsplatz. Daran hat auch der von der Stadt gemeinsam mit den Gewerkschaften entwickelte „Masterplan Industrie“ nichts geändert.

Umso wichtiger ist die langfristige Sicherung von Industriegebieten gegen die Begehrlichkeiten von Immobilien-

spekulanten, zum Beispiel durch den Erhalt des Industrieparks Griesheim und des Osthafens als industrielle Standorte.

Besonders der Osthafen bietet große Entwicklungsmöglichkeiten. Er ist mit seinem gut ausgebauten eigenen Eisenbahnnetz und direkten Anschlüssen

an das regionale und überregionale Schienennetz wichtig für die Logistik der sogenannten „letzten Meile“. So könnte viel Lastverkehr von der Straße auf das Wasser verlegt und damit die Innenstadt vom Schwerverkehr entlastet werden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Verfolgung einer industriepolitischen Strategie, die die Beschäftigungssicherung in der Industrie ebenso in den Blick nimmt wie deren nachhaltige und umweltverträgliche Entwicklung.
- ▶ Die Industriepolitik darf nicht allein für Frankfurt, sondern muss für die gesamte Rhein-Main-Region entwickelt werden.
- ▶ Griesheim und Osthafen müssen Industriestandorte bleiben.
- ▶ Die Ansiedlung neuer Rechenzentren in der Stadt ist davon abhängig zu machen, ob sie mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden und ihre Abwärme für die Versorgung umliegender Gebäude genutzt werden kann oder in das Fernwärmenetz eingespeist wird. Ein digitales Gewerbegebiet, um dort die Ansiedlung von Rechenzentren zu konzentrieren, ist zu prüfen.
- ▶ Die Gründung einer lokalen Entwicklungsgesellschaft. Damit kann die Stadt Frankfurt aktiv Gewerbeflächen aufkaufen und im Rahmen von Konzeptvergabe nach sozialen Kriterien vergeben, ganz im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

4. Soziale Gerechtigkeit herstellen – Armut bekämpfen

Weniger als zehn Prozent Reiche und Superreiche verfügen über die Hälfte des Vermögens in Deutschland. Die Hälfte der Bevölkerung verfügt hingegen nur über circa ein Prozent. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird auch in Frankfurt immer größer und spaltet die Stadt.

Die Anzahl der Langzeiterwerbslosen hat in den letzten Jahren nur leicht abgenommen. Langzeiterwerbslose haben immer weniger Chancen auf einen Arbeitsplatz. Zu-

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird auch in Frankfurt immer größer und spaltet die Stadt

gleich wächst der Anteil an Beschäftigten, die so wenig verdienen, dass sie zusätzlich ergänzende Sozialleistungen beziehen müssen. Circa 90.000 Menschen sind auf existenzsichernde Mindestleistungen (z.B. Hartz IV) angewiesen. Hinzu kommt ein wachsender Anteil von Beschäftigten, der in anderen Formen ungeschützter, prekärer Beschäftigung – Leiharbeit, ungewollte Teilzeit, Scheinselbstständigkeit – arbeiten muss.

Etwa jedes fünfte Kind lebt in Frankfurt in Armut.
Armut hat viele Gesichter:

- + Rentnerinnen und Rentner, die sich im Winter zwischen Heizen oder Essen entscheiden müssen, weil ihre Rente nicht für beides reicht.
- + Kinder, die ohne Frühstück in die Schule gehen müssen.

- + Beschäftigte, die so schlecht bezahlt werden, dass sie von ihrem Lohn nicht leben können und mit Hartz IV aufstocken müssen.
- + Langzeiterwerbslose, die immer geringere Chancen auf einen Arbeitsplatz haben.
- + Wanderarbeiter*innen, die in Bruchbuden leben müssen und als Tagelöhner*innen für extrem wenig Geld arbeiten.
- + Obdachlose, die weder über Wohnraum noch über medizinische und soziale Versorgung verfügen.

Diese Entwicklung hat vielfältige Ursachen. Die SPD/Grüne-Bundesregierung unter Gerhard Schröder hat mit der Agenda 2010, Hartz IV und der Rente mit 67 erheblich zur Ausbreitung der Armut und zur sozialen Spaltung beigetragen. Daher hat DIE LINKE bundesweit Forderungen nach einer gerechten Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften, Unternehmensgewinnen und hohen Einkommen sowie nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 13 Euro vorgelegt. Dazu gehören auch eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung und eine steuerfinanzierte solidarische Mindestrente.

Diese Forderungen können nicht im Rahmen der Kommunalpolitik umgesetzt werden. Dennoch darf sich die Stadt mit dieser Spaltung nicht abfinden. Die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben muss im Mittelpunkt der Stadtpolitik stehen. Erwerbslosigkeit, prekäres Einkommen, Krankheit und viele andere Faktoren können zu Stigmatisierung, Ausgrenzung und letztlich auch zum Rückzug aus dem sozialen Leben führen. Jede und jeder muss die Unterstützung erhalten, die er oder sie braucht, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Strom oder Gas der städtischen Energieversorger darf nicht abgestellt werden, weil Menschen ihre Rechnungen nicht zahlen können.
- ▶ Die Einkommensgrenzen für den Erhalt des „Frankfurt-Passes“ müssen angehoben werden, damit mehr Menschen mit niedrigem Einkommen Vergünstigungen erhalten.
- ▶ Frankfurt zur sanktionsfreien Kommune machen! Hartz IV ist Armut und Schikane per Gesetz – und muss weg. Vollständige Abschaffung aller Sanktionen. In der Stadt Frankfurt müssen, gemäß des vom Bundesverfassungsgericht eingeräumten Ermessensspielraums, alle Sanktionierungen eingestellt werden.

- ▶ Durch Unterstützung von Selbsthilfe, Solidarität und kulturellen Angeboten sollte der soziale Zusammenhalt in der Stadt gefördert werden. Zentral ist dabei eine wohnortnahe, barrierefreie und kultursensible soziale Infrastruktur aus Nachbarschaftszentren, Familienzentren, Freizeitstätten für Senior*innen und Jugendliche, sozio-kulturelle Zentren etc.
- ▶ Die Präventions- und Betreuungsarbeit (z.B. Aids-Hilfe, Jugendzentren, Schuldner*innen-, Ehe- und Familienberatung, Drogenberatung) muss ausreichend finanziert werden. Insbesondere Frauenhäuser und Beratungsstellen für Opfer von häuslicher Gewalt müssen finanziell besser ausgestattet werden.
- ▶ Sozialarbeiter*innen, Sozialpädagog*innen, Pflegekräfte und andere Beschäftigte, die im Sozialdienst der Stadt Frankfurt arbeiten, müssen besser bezahlt und ihre Arbeit aufgewertet werden. Städtische Ämter und Jobcenter müssen mit Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, respektvoll umgehen.
- ▶ Gemeinnützige Vereine, die wichtige soziale und Integrationsaufgaben erfüllen, sind auskömmlich zu fördern.
- ▶ Träger der freien Wohlfahrtspflege müssen verlässlich finanziert werden.
- ▶ Öffentliche Aufträge dürfen ausschließlich an Träger, die Tarifverträge abgeschlossen haben und eine transparente Lohnstruktur nachweisen können, vergeben werden. Die Fördersumme muss an die jeweiligen Tarifabschlüsse angepasst werden. Träger, bei denen die Beschäftigten in unbefristeten Vollzeitstellen arbeiten, sollten bei der Vergabe bevorzugt werden.
- ▶ Die Einrichtung einer kommunalen Unterkunft, eines „Boarding-Haus“ für Wanderarbeiter*innen, damit EU-Ausländer*innen niedrigschwellig und günstig ein Zimmer mieten und sich versorgen können und nicht länger der Obdachlosigkeit oder ausbeuterischen Vermieter*innen ausgeliefert sind.

5. Mobilität für alle – sozial-ökologische Verkehrswende durchsetzen

Mobilität ist eine Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb wollen wir die Mobilität in Frankfurt grundlegend neu gestalten. Die sozial-ökologische Verkehrswende ist die praktische Umsetzung von Klimaschutz. Hierzu muss der ÖPNV massiv und schnell ausgebaut und der Nulltarif eingeführt werden. Der motorisierte Individualverkehr soll stark zurückgedrängt und dafür gute Alternativen geschaffen werden. Belastungen durch Lärm, Abgase und Schadstoffe, die Menschen mit niedrigem Einkommen besonders treffen, müssen dringend verringert werden. Gleichzeitig stärken wir damit die Alternativen aus Fuß-, Radverkehr und ÖPNV und erleichtern

Es geht nicht um Verzicht, sondern um lebenswerte Städte durch Rückeroberung des öffentlichen Raums

den Menschen damit den notwendigen Ausstieg aus der Automobilität.

Eine Verkehrswende ist unaufschiebbar, um das Klima zu schützen, drohende Fahrverbote abzuwenden, mehr Raum für Radfahrende und Fußgänger*innen zu schaffen und allen Menschen unabhängig vom Einkommen ein gleiches Recht auf Mobilität zu gewährleisten. Dies ist ein wirksamer Schritt

gegen die Mobilitätsarmut und soziale Ausgrenzung.

Eine solche soziale und ökologische Verkehrswende ist machbar. Dabei geht es nicht um Verzicht, sondern um lebenswerte Städte durch Rückeroberung des öffentlichen Raums. DIE LINKE will die Menschen in den

Mittelpunkt stellen und Mobilität so organisieren, dass sie mehr Lebensqualität für alle bietet und die Schäden für Mensch und Natur auf ein Minimum

reduziert. DIE LINKE vertritt ein konsequentes Konzept zur Umsetzung einer echten Verkehrswende.

Fuß- und Radverkehr in den Mittelpunkt stellen

Die sozialökologische Verkehrswende ist so zu gestalten, dass alle mobil sein und mit Bedarfsgütern versorgt werden können. Überflüssige Transporte und Wege sind zu vermeiden und zu verkürzen. Wohnen und arbeiten sollen wieder näher zusammenrücken. Im Rahmen der Verkehrsverlagerung müssen Gütertransporte runter von der Straße und auf die umweltschonendere Schiene verlegt werden. Der öffentliche Raum muss den Menschen zurückgegeben werden. Fußwege, Fußgänger*innenzonen und Grünanlagen sollen zum Flanieren, Spielen und Verweilen einladen. Die Wege sollen die Menschen sicher an ihr Ziel bringen. Menschen mit besonderem Sicherheitsbedürfnis bei Dunkelheit sowie bei der Benutzung des ÖPNV müssen stärker wahrgenommen werden.

Das Ziel einer „Stadt der kurzen Wege“ erfordert, dass möglichst viele Ziele des alltäglichen Bedarfs wohnortnah zu Fuß und mit dem Fahrrad erreichbar sind. Dafür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen ge-

schaffen werden.

Die strukturelle Benachteiligung von Fußgänger*innen, unter der gerade Mobilitätseingeschränkte, Menschen mit Kinderwagen, Kinder und Senior*innen besonders leiden, wollen wir beenden. Hierzu ist das immer noch gängige Gehwegparken konsequent zu unterbinden. Kreuzungen und Straßen sind überall so umzugestalten, dass sie zuallererst der Sicherheit des Fußverkehrs gerecht werden (Ampelwartezeiten minimieren, Mindestgehwegbreite von 2,5 m, Gehwegnasen zur

Das Ziel einer „Stadt der kurzen Wege“ erfordert, dass möglichst viele Ziele des alltäglichen Bedarfs wohnortnah zu Fuß und mit dem Fahrrad erreichbar sind. Dafür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

erleichterten Straßenquerung, mehr Zebrastreifen, Aufpflasterung von Einfahrten und Kreuzungen auf Gehwegniveau). Benötigt werden außerdem mehr Möglichkeiten zum Verweilen, Orte der kollektiven Begegnungen und des Austausches. Gegen das Falschparken auf Geh- und Radwegen und vor Kreuzungen muss konsequent vorgegangen werden; der ruhende Autoverkehr gefährdet andere Verkehrsteilnehmer*innen unverhältnismäßig. Die jeweils schwächeren Verkehrsteilneh-

mer*innen und ihre Sicherheit haben absoluten Vorrang vor den stärkeren. So gilt die Hierarchie: Fußgänger*innen – Radverkehr – ÖPNV – motorisierter Individualverkehr. Dies gilt für die gesamte städtische Verkehrsinfrastruktur wie Ampelschaltungen, Verkehrskreuzungen und Parkflächennutzung. Zur Stärkung der Interessen von Fußgänger*innen muss ein:e Fußverkehrsbeauftragte:r eingesetzt werden. Diese:r soll Ansprechperson für die Belange von Bürger*innen sein und die Interessen von Fußgänger*innen in städtischen Gremien gegenüber den Interessen anderer Verkehrsteilnehmer*innen vertreten. Wir fordern bau-

lich getrennte und ausreichend breite Radwege, ein gutes Wegenetz und attraktive Abstellanlagen. Sollte die favorisierte Lösung von baulich getrennten Radwegen aufgrund örtlicher Verhältnisse nicht umsetzbar sein, muss der Radstreifen mit einer ausreichenden Breite versehen werden oder die entsprechende Straße als Fahrradstraße ausgewiesen werden. Radfahrende sollten die Auswahl haben, ob sie direkte Wege auf sicheren Radstreifen auf den Hauptstraßen benutzen möchten oder ausgeschilderte Radrouten über Nebenstraßen bevorzugen, die weniger Autoverkehr und Ampeln aufweisen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Eine für Fußgänger*innen bessere Gestaltung des Straßenraumes, bspw. durch weniger Straßenparkplätze, mehr Zebrastreifen und eine günstigere Schaltung der Ampeln. Kommerzielle Nutzungen, etwa für Gastronomie, sollten möglichst nicht auf den Gehwegen stattfinden, sondern auf der Straße, etwa durch den Wegfall von Parkplätzen.
- ▶ Das Parken und Halten auf Geh- und Radwegen, sowie in Kreuzungsbereichen muss konsequent geahndet werden, auch in den äußeren Stadtteilen und am Wochenende.
- ▶ Den Ausbau der stückweise vorhandenen Fahrradwege und Radschnellverbindungen zu einem die ganze Stadt verbindenden Radspurnetz. Der Platz für mehr Radwege muss vom Autoverkehr umverteilt werden. Er darf nicht auf Kosten des Fußverkehrs gehen. Radwege sind grundsätzlich auf der Fahrbahn zu führen, baulich geschützt vom Autoverkehr und breit genug zum Überholen, wo es möglich ist.
- ▶ Die Benutzungspflicht von auf dem Bürgersteig geführten Radwegen ist grundsätzlich aufzuheben, Fahrräder gehören auf die Fahrbahn. Je eine Autospur des Anlagen- und des Cityrings sind als geschützte Radfahrstreifen umzubauen.

- ▶ Die schnelle Umrüstung stadteigener LKW und Busse mit Abbiegeassistenten, die schwerwiegende Unfälle verhindern können.
- ▶ Die 2020 neu eingeführte Pflicht zum Rechtsabbiegen mit Schrittgeschwindigkeit innerorts für LKW muss regelmäßig kontrolliert werden, ebenso der vorgeschriebene Überholabstand von mindestens 1,5 Metern innerorts.
- ▶ Sichere Radabstellmöglichkeiten im ganzen Stadtgebiet.
- ▶ Fahrradstationen an den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten mit (Selbsthilfe-) Werkstatt, Pedelec-Ladestation und Fahrradverleih.
- ▶ Die Ausstattung des Gebäudebestandes mit barrierefreien Fahrradstellplätzen. Dazu ist die ABG zu verpflichten, ihren Gebäudebestand bis 2030 mit Fahrradstellplätzen gemäß der aktuellen Stellplatzsatzung auszustatten. Für andere Vermieter*innen bedarf es einer kostenfreien Beratung und eines städtischen Förderprogramms.
- ▶ Die Anschaffung von Lastenrädern durch Unternehmen und Privatpersonen soll durch die Stadt ebenso gefördert werden wie entsprechende Leihmöglichkeiten.
- ▶ Die Lizenzen für profitorientierte Verleihunternehmen sind einzuschränken und deren bestehende Lizenzbedingungen zu veröffentlichen. Nur stationsgebundene Angebote sind ökologisch sinnvoll. Kommunal geführte Verleih-Unternehmen sind zu bevorzugen, ggf. zu gründen, damit deren betriebswirtschaftlicher Überschuss zur Finanzierung der Mobilitäts-Infrastruktur genutzt werden kann.
- ▶ Die Einrichtung der Stelle eines*r Fußverkehrsbeauftragten.

Ausbau des ÖPNV-Angebots

Der ÖPNV ist chronisch unterfinanziert und fährt auf Verschleiß. Damit der Autoverkehr verringert, insbesondere der motorisierte Pendlerverkehr vermieden und auf öffentliche Verkehrsmittel verlagert werden kann, müssen die Finanzmittel für den ÖPNV erhöht, die Infrastruktur verbessert und der barrierefreie Umbau vorangetrieben werden. In Umsetzung befindliche Projekte wie die Regionaltangente West, die nordmainische S-Bahn und der Ausbau der S6 nach Friedberg sowie der U2 nach Bad Homburg Bahn-

hof müssen zügig fertiggestellt und die nächsten Ausbauprojekte geplant werden: Dazu gehören die Weiterentwicklung der Tangenten zu einem Ring um die Stadt, ein innerstädtischer Straßenbahnring und der Ausbau der weiteren Tram- und Stadtbahnlinien.

Die Planungen des Bundes für einen Fernbahntunnel begleiten wir kritisch. Es müssen alle Alternativen (Ffm-Süd, Hbf Offenbach, Fernbahnhof Ffm-Flughafen) transparent und unter Beteiligung der Bürger*innen öffentlich diskutiert werden. Ein Tunnelbau muss

ausreichend begründet werden. Das Programm Frankfurt RheinMain plus, das eine Ertüchtigung des Hauptbahnhofs ohne Tunnelbauten möglich machen soll, wird seit Jahren nicht konsequent vorangetrieben. Dabei ist unstrittig, dass mehr Schienenkapazitäten für den Nah- und Fernverkehr dringend notwendig sind. Regional- und Fernverkehr müssen getrennt werden. Auch soll der Hauptbahnhof als zentraler Schienenknotenpunkt der Stadt erhalten bleiben. Dennoch muss intensiv geprüft werden, ob die Kosten für den Tunnelbau nicht anderweitig effektiver für eine Verbesserung der Schienenkapazitäten um den Haupt-

Mehr Schienenkapazitäten für den Nah- und Fernverkehr sind dringend notwendig

bahnhof eingesetzt werden können. In jedem Fall müssen die oberirdischen Gleisanlagen weiterhin erhalten bleiben, Spekulationen auf das mögliche Bauland lehnen wir ab.

Der angedachte neue Stadtteil im Nordwesten müsste attraktiv über die heutige U7 an die Stadtbahn angeschlossen werden. Stadtplanungsfehler wie beim Riedberg und dem Europaviertel, den Bahnanschluss erst lange nach dem Zuzug der Menschen herzustellen, nachdem diese ihre ihre Mobilitätsgewohnheiten längst entwickelt haben, sind unbedingt zu vermeiden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Massiver Ausbau des ÖPNV, um dessen Anteil am Verkehrsmix wesentlich zu erhöhen. Investitionen müssen dazu dienen, Kapazitäten im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum nicht nur beizubehalten, sondern zu erhöhen. Dies erfordert die zügige Umsetzung von Projekten wie z.B. der Ringbahn. Der Schwerpunkt des Ausbaus soll dabei auf einer Verbesserung des Gesamtnetzes liegen.
- ▶ Den zügigen Ausbau der Tram- und Stadtbahnstrecken wie den Straßenbahnring.
- ▶ Eine leistungsfähige Anbindung beispielsweise des Gutleutviertels, des Sachsenhäuser Bergs, Seckbachs und Bergens, die Verlängerung der U7 in Enkheim und über den zukünftigen Stadtteil Richtung Steinbach. Schienegebundene Verkehrsmittel sind beliebter und leistungsfähiger als Busse und zu bevorzugen. Sie können durch Metro- und Expressbusse ergänzt werden. Neu errichtete Straßenbahnstrecken sollen möglichst auf eigener Trasse, neu errichtete Stadtbahnstrecken möglichst kreuzungsfrei entstehen.
- ▶ Die U-Bahn-Lücke zwischen Bockenheimer Warte und Ginnheim muss drin-



- gend geschlossen werden. Dabei sollte der IG-Farben-Campus angebunden werden, um ihn attraktiv mit dem Hauptbahnhof und dem Campus Riedberg zu verbinden. Schäden am klimatisch wichtigen historischen Gartendenkmal Grüneburgpark durch den Bau müssen ausgeschlossen werden.
- ▶ Die Verkehrsleistungen in Frankfurt müssen direkt an das kommunale Verkehrsunternehmen VGF vergeben werden. Die Einhaltung der Sozial-, Tarif- und Umweltstandards muss gewährleistet werden.
 - ▶ Rekommunalisierung des Busverkehrs: Das städtische Busunternehmen muss in die VGF reintegriert und die Busfahrer*innen tarifgerecht nach den bei der VGF gültigen Tarifverträgen entlohnt werden.
 - ▶ Eine Beschleunigung des ÖPNV durch Ampelvorrangschaltung und eigene Spuren für Straßenbahnen und Busse.
 - ▶ Intermodale Mobilität fördern: Eine bessere Kombinierbarkeit mit dem Radverkehr (Leihsystem, Stellplätze) und anderen Verkehrsmitteln durch z.B. Fahrradverleihsysteme mit größerer Stationsdichte insbesondere an ÖPNV-Haltestellen, mehr und bessere Stellplätze.
 - ▶ Spätestens bis 2025 muss die im öffentlichen Personenverkehr längst überfällige Barrierefreiheit vollständig umgesetzt sein.
 - ▶ Attraktive Haltestellen im gesamten Bus-, Tram- und Stadtbahnnetz mit ausreichend Sitzplätzen, kostenfreiem WLAN-Zugang und Schutz vor Regen und Sonne.
 - ▶ Nach dem Vorbild Utrechts sollen Haltestellendächer künftig insektenfreundlich begrünt oder mit Photovoltaik ausgestattet werden.
 - ▶ Auch das Taxigewerbe ist Teil des ÖPNV. Wir wollen die Umstellung der Taxiflotte auf nachhaltige Antriebsarten fördern und attraktive Halteplätze ausweisen. Anbieter wie Uber, die die gesetzlichen Regularien umgehen und sich profitable Rosinen wie Messe- und Flughafenverkehr herauspicken, sind zum Schutz des regulierten Taxigewerbes abzuwehren.

Bitte einsteigen! Nulltarif im ÖPNV – sozial und ökologisch

Wir wollen einen flächendeckenden ÖPNV mit deutlich besserer Qualität erreichen. Die richtige Antwort ist aus unserer Sicht der Nulltarif. DIE LINKE will, dass mittelfristig alle Menschen den ÖPNV nutzen können, ohne einen Fahrschein kaufen zu müssen. Den Nulltarif wird es nicht umsonst geben;

er kann über mehr Steuermittel für den ÖPNV und eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmen finanziert werden. Bis der Nulltarif umgesetzt ist, wollen wir die Fahrpreise deutlich senken. Gleichzeitig wollen wir den Verbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr stärken.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Entwicklung eines Konzepts zur Umsetzung des Nulltarifs, um mittelfristig die Finanzierung des ÖPNV auf neue Füße zu stellen und eine fahrscheinlose Nutzung zu ermöglichen.
- ▶ Kurzfristig soll das Schülerticket Hessen für alle Schülerinnen und Schüler kostenlos sein, um bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen.
- ▶ Ebenfalls kurzfristig soll die Nutzung des ÖPNV für Hartz IV-Bezieher*innen und Senior*innen kostenlos ermöglicht werden.
- ▶ Jobtickets für alle: Einrichtung einer Koordinierungsstelle, damit sich auch Unternehmen und Organisationen mit weniger als 50 Beschäftigten zusammenschließen können, um bis zur Einführung des Nulltarifs mit dem RMV ein Jobticket-Angebot zu guten Konditionen zu vereinbaren. Die Koordinierungsstelle übernimmt dabei die Abrechnungsverantwortung.

Eine Stadt für Menschen, nicht für Blech

Die autogerechte Verkehrspolitik der letzten 70 Jahre ist nicht folgenlos für unsere alltägliche Lebensgestaltung geblieben. Bei vielen von uns hat sich eine automobilzentrierte Lebensweise etabliert. Infolgedessen erscheinen uns heute viele Wege so, als könnten sie nur mit dem Auto effizient zurückgelegt werden. Dennoch ist eine Reduzierung des Autoverkehrs mit Blick auf die notwendige Verkehrswende unumgänglich. Selbst eine vollständige Umrüstung auf Elektro- oder Wasserstoffantriebe oder die Vision vollständig autonomer Fahrzeuge ermöglicht bestenfalls punktuelle Verbesserungen, während viele andere mit dem Auto einhergehende Probleme dadurch nicht gelöst werden können (Flächenverbrauch, Flächenversiegelung, Feinstaub durch Reifenabrieb, Unfallgefah-

ren, soziale Ungerechtigkeiten). Weil dies allerdings bedeutet, dass wir uns für die Verkehrswende weitestgehend von der Idee des eigenen Autos verabschieden müssen, ist es besonders wichtig, eine Reduzierung des Autoverkehrs mit den besten Argumenten und der Bereitstellung des bestmöglichen Angebots an Verkehrsmittelalternativen zu flankieren. Wie dieses Angebot attraktiver Alternativen aussehen könnte, wurde bereits umfassend erläutert. Parallel muss es nun darum gehen, auch Stellschrauben zu identifizieren, mit denen der Autoverkehr selbst aktiv zurückgedrängt werden kann.

Es gibt viele Stellschrauben, um die Verkehrswende in Frankfurt voranzubringen und den Autoverkehr zu reduzieren.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Autofreie Wohnquartiere, eine deutliche Vermehrung autobefreiter Kernbereiche in den Quartierszentren und die Ausweitung von verkehrsberuhigten Zonen.
- ▶ Bei allen Mobilitätsprojekten sind stets in einer Kosten-Nutzen-Analyse die Auswirkungen auf soziale Folgekosten (Gesundheit, Lärm, Luftbelastung) deutlich hervorzuheben.
- ▶ Einführung eines autofreien Sonntages jeweils am dritten Sonntag im September, wie in zahlreichen anderen europäischen Städten.
- ▶ Eine autofreie Innenstadt bis 2025. Darunter verstehen wir eine weitgehende Verdrängung des Autoverkehrs aus der Innenstadt. Dazu wollen wir zunächst die Fußgängerzonen ausweiten, Parkplätze reduzieren und schrittweise weitere Straßen für den Fuß- und Radverkehr und für die Freizeitnutzung umwidmen. Frei werdende Flächen wollen wir z. B. mit Erholungsräumen und Grünflächen attraktiv gestalten. Ausnahmen soll es für Anwohner*innen- und Lieferverkehr sowie für Behörden- und Rettungsfahrzeuge, Handwerker*innen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen geben.
- ▶ Die Ausweitung von Geschwindigkeitsbeschränkungen: 80 km/h auf Autobahnen innerhalb des Stadtgebiets und eine flächendeckende Ausweitung von Tempo 30.
- ▶ Flächendeckende Parkraumbewirtschaftung unter Berücksichtigung der Interessen der Bewohner*innen, Lieferverkehr und von Schwerbehinderten.
- ▶ Die Stellplatzabgabe und die Parkgebühren werden ausschließlich zum Ausbau der Fuß- und Radverkehrswege sowie des ÖPNV verwendet. Die Pflicht zur Schaffung von Auto-Stellplätzen bei Neubauten in fußläufiger Nähe von Bahnstationen sollte abgeschafft werden – denn mehr Parkplätze schaffen mehr Autoverkehr. Die Schaffung von Fahrradabstellanlagen und Carsharing-Angeboten soll weiterhin vorangetrieben werden.
- ▶ Schaffung von Park-and-Ride-Anlagen an den Stadträndern bzw. bereits an den Bahnhöfen in der Region. Der Umstieg auf den ÖPNV muss wirtschaftlich und zeitlich attraktiver sein als die Autofahrt in die Innenstadt. Das Park-Ticket wird als ÖPNV-Fahrschein anerkannt.
- ▶ Ein Ende des Ausbaus des Autobahnnetzes in und um Frankfurt. Wir wollen die Einhausung von Autobahnabschnitten im Stadtgebiet, wo dies umwelt- und gesundheitspolitisch geboten ist.
- ▶ Es sollten Anreize geschaffen werden, dass die Personen, die auf das Auto

in der Stadt angewiesen sind, möglichst kleine Fahrzeuge fahren. Dazu können Parkplätze für Kleinwagen gehören oder etwa die Sperrung von schmalen Straßenzügen für zu breite oder zu schwere Fahrzeuge. Die Möglichkeiten zur generellen Verbannung von unnötig großen Fahrzeugen aus der Innenstadt („SUV-Verbot“) sind zu prüfen.

- ▶ Ein stationsgebundenes Carsharing-Fahrzeug ersetzt im Mittelwert zehn private Autos und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Luftverbesserung und Verkehrsverminderung. Wir fordern daher, dass das Angebot an stationsgebundenem Carsharing konsequent flächendeckend ausgebaut wird.
- ▶ Der Lieferverkehr ist umzuorganisieren, etwa mit Lastenrädern und gemeinsam genutzten Mikrodepots, und emissionsarm zu betreiben.
- ▶ Die E-Mobilität ist als Übergangsantriebstechnik anzusehen, da die benötigten Rohstoffe genauso wenig nachhaltig sind wie Erdöl und zum Teil unter unmenschlichen Bedingungen abgebaut werden. Dafür muss die Stadt Frankfurt ausreichend Ökostrom zur Verfügung stellen. Die benötigten Flächen für E-Ladestationen im verdichteten Stadtgebiet dürfen nicht den Nutzungen wie Parks, Grünflächen, Spielplätzen, Fuß- bzw. Radwegen entzogen werden.

Klimaschutz lokal umsetzen, Schadstoffbelastung reduzieren, Lebensqualität erhöhen

Die jahrzehntelang vorherrschende auto- und betonzentrierte Stadtpolitik ist eine schwere Hypothek, nicht nur für die Lebensqualität, sondern auch für das Erreichen der Klimaziele und für die Gesundheit der Menschen. Es

müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um den örtlichen CO₂-Ausstoß ebenso zu senken wie den Ausstoß von Feinstaub und anderen Schadstoffen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Einführung neuer Antriebskonzepte ist eine Chance, die Luftbelastung in Frankfurt zu senken. Die Stadt Frankfurt und die überwiegend in ihrem Besitz befindlichen Unternehmen (VGF, Mainova, FES) müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen und lokal emissionsfreie sowie klimafreundliche Fahrzeuge nutzen.
- ▶ Die VGF darf ihren Strombedarf ausschließlich aus erneuerbaren Energien decken.

- ▶ Die Elektro-Lade-Infrastruktur muss ausgebaut werden, insbesondere etwa für Taxis und Handwerker.

Kein weiteres Wachstum des Flughafens – Umwelt und Gesundheit vor Profite, Beschäftigte schützen

Der Frankfurter Flughafen ist der größte Flughafen Deutschlands und der viertgrößte in Europa. Der Luftverkehr trägt als klimaschädlichstes Verkehrsmittel stark zur globalen Erwärmung bei – die CO₂-Emissionen des Luftverkehrs in Deutschland haben sich seit 1990 verdoppelt. Am Frankfurter Flughafen sollen nach der Eröffnung des Terminal 3 über 700.000 Flugbewegungen jährlich abgewickelt werden können.

Das Wachstum des Flughafens stellt nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Gesundheit vieler Menschen in Frankfurt eine enorme Belastung dar. Fluglärm macht krank und führt dazu, dass Kinder schlechter lernen können – das zeigen Lärmstudien immer wieder. Hinzu kommen die Emissionen von Feinstaub, Stickoxiden und weiteren Schadgasen, unter denen vor allem die Menschen in den Einflugschneisen leiden. Deshalb kämpfen wir an der Seite vieler Menschen und der Bürger*innen-Initiativen seit Jahren gegen das Wachstum des Flughafens und seine negativen Folgen für Umwelt, Klima und Menschen.

Wir lehnen das von CDU, FDP, SPD

und Grünen unterstützte Terminal 3 ab und setzen uns gemeinsam mit den Bürger*inneninitiativen für eine Begrenzung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr ein. Darüber hinaus fordern wir die Stilllegung der Landebahn Nordwest sowie ein generelles Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr.

Die Branche hat bis vor Kurzem jedes Jahr hohe Wachstumszahlen verzeichnet – bis zum Einbruch des Flugverkehrs durch die Corona-Pandemie. Der Luftverkehr ist durch die Corona-Krise besonders hart getroffen; auch in und um den Standort Frankfurt sind viele Arbeitsplätze bedroht. In dieser Krise müssen die Arbeitsplätze gerettet

Das Wachstum des Flughafens stellt nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Gesundheit vieler Menschen in Frankfurt eine enorme Belastung dar

und ein ökologischer Umbau eingeleitet werden. Schon lange kämpfen die Beschäftigten am Flughafen gegen den Konkurrenz- und Preiskampf der Billigflieger, die Umgehung von arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen durch die Vergabe an Subunternehmen, Arbeitsplatzabbau und -verlagerung, Ausbeutung durch Leiharbeit und Werkverträge, fehlende Tarifbindung und Mitbestimmung. Die Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste und

die Ansiedlung von Ryanair mithilfe der Politik hat die Bedingungen für die Beschäftigten weiter verschlechtert. DIE LINKE steht solidarisch an ihrer Seite und unterstützt die Gewerkschaften in ihrem Bemühen, sich gegen diese prekären Arbeitsbedingungen zu wehren. DIE LINKE engagiert sich zudem dafür, dass die Stadt als unmittelbare Arbeitgeberin und als Beteiligte an der Fraport einen entsprechenden Beitrag zur Verbesserung leistet:

Die Fraport AG wird ihrer Verantwortung als mehrheitlich öffentliches Unternehmen nicht gerecht. Vielmehr agiert sie auf Kosten von Klima, Gesundheit und Arbeitsbedingungen als profitorientierter Global Player. Wir als LINKE meinen: Öffentliche Unternehmen müssen sich am Gemeinwohl orientieren und sollten demokratisch von den Bürger*innen kontrolliert werden. Staatliche Hilfen sind notwendig, um Arbeitsplätze und

***Die Weichen für
eine nachhaltige
Mobilität müssen
jetzt gestellt
werden***

Zukunftsperspektiven der Beschäftigten zu sichern und die erforderliche Infrastruktur zu erhalten. Sie müssen aber auch die dringend notwendige soziale und ökologische Neuordnung des Luftverkehrssektors befördern. Fluggesellschaften mit Steuergeldern über die Krise zu retten, damit sie nach der Krise wieder Flüge zu Dumpingpreisen anbieten, die eigenen Beschäftigten durch Outsourcing unter Druck setzen und einen klimapolitisch untragbaren Expansionskurs fortsetzen, ist keine Lösung. Jetzt müssen die Weichen auf eine nachhaltige Mobilität gestellt werden, statt sozial und ökologisch untragbare Geschäftsmodelle zu subventionieren.

Die Gesundheit der Frankfurter*innen und der Menschen in der Region, die Erhaltung der Umwelt und gute Arbeitsbedingungen am Flughafen haben Priorität vor Millionenprofiten.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Eine Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr.
- ▶ Die Verlagerung aller Kurzstreckenflüge unter 500 Kilometer auf den Schienenverkehr.
- ▶ Die Stilllegung der Landebahn Nordwest.
- ▶ Den Stopp des Baus von Terminal 3.
- ▶ Ein wirksames Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr.
- ▶ Eine vollständige Entschädigung der Anwohner*innen auf Kosten der Fraport AG, wo eine Lärminderung nicht möglich ist.
- ▶ Tarifliche Bezahlung aller Beschäftigten am Flughafen Beschäftigten.
- ▶ Outsourcing und Lohndumping müssen unterbunden werden.

6. Klimagerechtigkeit erkämpfen, Natur schützen: Für eine konsequente und sozial gerechte Umweltpolitik

Extreme Wetterereignisse, Ernteausfälle durch Dürren, der steigende Meeresspiegel – viele der dramatischen Folgen des weltweiten Klimawandels sind schon heute erkennbar.

Die globale Erwärmung ist nur eine Facette der ökologischen Krise, die sich auch in Frankfurt etwa durch Feinstaubbelastung, Verlust von Artenvielfalt und zunehmende Hitzeperioden äußert. Hier wie im globalen Maßstab sind es die am meisten Benachteiligten, die von den Umweltbelastungen am stärksten betroffen sind.

Verantwortlich für die ökologische Krise ist ein Wirtschaftssystem, das für Profit und Wachstum unsere natürlichen Lebensgrundlagen ausbeutet. Um die globale Klimakatastrophe

aufzuhalten, müssen wir unsere Wirtschaft grundlegend umbauen – sozial, ökologisch und demokratisch. Diese radikale Transformation fängt vor Ort in den Kommunen an: mit ökologischen Stadtwerken statt globalen

Energiekonzernen, mit einer klimagerechten Stadtentwicklung für alle statt Betongold für die Immobilienwirtschaft. Dabei geht es nicht nur um Klimaschutz.

Es geht auch um den Erhalt von Grünflächen, Gewässern und der Artenvielfalt. Es geht um eine nachhaltige Trinkwasser- und Nahrungsversorgung, die Verringerung von Lärm und eine saubere Luft – kurz: um die Lebensqualität in Frankfurt für alle.

Verantwortlich für die ökologische Krise ist ein Wirtschaftssystem, das für Profit und Wachstum unsere natürlichen Lebensgrundlagen ausbeutet

Klimagerechtigkeit in Frankfurt erkämpfen

Die Stadt Frankfurt hat ihre mit dem Beitritt zum europäischen Klima-Bündnis selbst gesetzten CO₂-Emissionsziele bisher krachend verfehlt. Dabei bleiben selbst diese Ziele deutlich hinter dem zurück, was ökologisch notwendig und technisch möglich wäre. Daher kämpfen wir an der Seite der Klimagerechtigkeitsbewegung für eine sofortige Ausrufung des Klimanotstandes in Frankfurt und für eine klimaneutrale Stadt bis zum Jahr 2035.

Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, ist ein grundlegender Poli-

tikwechsel und eine umfassende Energie- und Verkehrswende nötig. Anforderungen der Klimagerechtigkeit müssen in allen Politikbereichen und bei allen städtischen Maßnahmen mitgedacht werden. Des Weiteren müssen schon heute Vorbereitungen für die Anpassung an ein verändertes Klima hier in Frankfurt getroffen werden. Denn trotz aller Bemühungen werden Wetter-Extreme zunehmen und die Temperaturen steigen. Frankfurt muss daher heute schon eine Strategie für den Umgang mit den Klimafolgen entwickeln.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Ausrufung des Klimanotstands und das Ziel einer klimaneutralen Stadt Frankfurt bis zum Jahr 2035. Auf dem Weg dahin müssen für die Bereiche Haushalte, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Industrie und Verkehr eindeutige Reduktionsziele festgelegt, regelmäßig überwacht und mit geeigneten Maßnahmen unterfüttert werden.
- ▶ Einen dauerhaft im Haushalt verankerten und mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Klimaschutzfonds, aus dem notwendige Investitionen finanziert werden können. Dieser darf nicht als Kompensation für klimaschädliche Maßnahmen fungieren.
- ▶ Einen Klimarahmenplan, auf dessen Grundlage die weitere Stadtentwicklung einem strikten Klimavorbehalt unterliegt.
- ▶ Einen Klimaanpassungsplan: Anpassung der Kanalisation, Lenkung und gezielte Verteilung von Regenwasser, grüne Dächer und Hinterhöfe, Schattenplätze und mehr öffentliche Trinkanlagen.

Raus aus der Kohle – Energiewende in Bürger*innenhand

Eine ökologische Energieversorgung in Bürger*innenhand ist zentral für eine klimagerechte Wirtschaft. In Frankfurt stammt aber nur ein Bruchteil des verbrauchten Stroms und der Wärme aus erneuerbaren Quellen. Die von der Römerkoalition ausgerufene „Klima-Allianz“ ist weit entfernt von einer grundlegenden Energiewende. So soll etwa das Heizkraftwerk West erst „Mitte des Jahrzehnts“ auf den fossilen Energieträger Gas umgerüstet werden,

während eine emissionsfreie Umstellung noch gar nicht vorgesehen wird. Unser Ziel ist, dass sich Frankfurt bis 2030 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien versorgt. Dazu brauchen wir eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz und einen massiven Ausbau von dezentralen und regionalen erneuerbaren Energien. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie sozial gerecht und unter demokratischer Kontrolle vollzogen wird.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Raus aus der Kohle: Das Heizkraftwerk West wird unmittelbar auf Gas umgerüstet und schnellstmöglich auf erneuerbare Energien umgestellt.
- ▶ Die erneuerbare Energieerzeugung aus Wind- und Wasserkraft, Solaranlagen, Geothermie, Wärmepumpen und Biomasseverwertung wird auch in Kooperation mit anderen Kommunen ausgebaut.
- ▶ Der Strombedarf der VGF soll ausschließlich aus erneuerbaren Energien gedeckt werden.
- ▶ Den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung mit kleinen Blockheizkraftwerken in der Nähe der Verbraucher*innen.
- ▶ Eine deutliche Verstärkung der Maßnahmen zur Wärmedämmung und energetischen Sanierung seitens der stadteigenen Wohnungsgesellschaften. Mieter*innen dürfen dabei keine zusätzlichen Kosten entstehen (Warmmietenneutralität).
- ▶ Für Neubauten soll wo möglich der Plusenergiehaus-Standard, zumindest aber der Niedrigenergiehaus-Standard gelten.
- ▶ Den Ausbau des Fernwärmenetzes sowie den Aufbau von Abwärmenetzen im Nahumfeld von Kraftwerken, Klärwerken und Abwasserleitungen, Industrieparks und Rechenzentren. Die Genehmigung neuer Rechenzentren wollen wir von einer nachhaltigen Abwärmenutzung und einem hohen Grad an Energieeffizienz abhängig machen.
- ▶ Den Aufbau von Kältenetzen, um im Sommer die Abwärme der Kraftwerke für die Klimatisierung von Bürogebäuden nutzen zu können.

Potenziale ausschöpfen mit dem Solarprogramm Frankfurt 2025

Besonders im Bereich der Solar-energie liegt ein enormes Potenzial in Frankfurt brach. Mit einem umfassenden Solarprogramm wollen wir Frankfurt bis 2025 zum Vorreiter bei der Nutzung von Dach- und geeigneten Freiflächen für Photovoltaik und

Solarthermie machen und bis zum Jahr 2050 das Frankfurter Solarpotenzial weitestgehend erschließen. Damit schaffen wir eine nachhaltige Energieversorgung in öffentlicher Hand, lokale Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze in Handwerk und Montage.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Alle geeigneten städtischen Dächer inklusive der stadteigenen Gesellschaften werden bis 2025 mit Solaranlagen (Photovoltaik und/oder Solarthermie) bestückt. Dabei wird jeweils die Kombination mit Dach- und Fassadenbegrünung sowie mit Strom- und Wärmespeichern geprüft.
- ▶ In Kaufverträgen, städtebaulichen Verträgen und Bebauungsplänen wird eine Solardachpflicht für Neubauten festgeschrieben.
- ▶ Die Stadt Frankfurt legt ein Förderprogramm für Solaranlagen auf Privaddächern auf. Insbesondere sollen dabei auch Energiegenossenschaften und Mieterstrommodelle unterstützt werden.
- ▶ Die Ausstattung öffentlicher Freiflächen, besonders entlang von Verkehrswegen und Lärmschutzwänden, mit Photovoltaikanlagen, soweit sie dafür geeignet sind.

Für eine demokratische und sozial gerechte kommunale Energieversorgung

Die Mainova befindet sich zum überwiegenden Teil im Besitz der Stadt Frankfurt, untersteht jedoch als Aktiengesellschaft nicht direkt der Kontrolle durch das Stadtparlament. Aus unserer Sicht ist es jedoch für das

Gelingen der Energiewende essenziell, dass sich Energieversorger in öffentlicher Hand und unter demokratischer Kontrolle befinden, um auch die Tarife sozial gerecht und transparent gestalten zu können.

Für die Mainova fordern wir daher:

- + Die Ausrichtung der Mainova muss sich grundlegend ändern. Statt weiter auf Kohle und Gas zu setzen, muss die Mainova ein großes Solarprogramm für Frankfurt auflegen.
- + Eine transparente Gestaltung der Strom-, Gas- und Fernwärmepreise und die Einführung eines kostengünstigen Grundkontingents.
- + Ein Ende der Sperrungen von Strom, Gas, Wasser und Fernwärme durch städtische Energieversorger!
- + Eine deutliche Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien im Strommix der Mainova. Die Kohleverstromung muss beendet, der Bezug von Strom aus Atomkraftwerken eingestellt werden!

Natur und Umwelt schützen – für mehr Lebensqualität in Frankfurt

Der Schutz unserer Natur und Umwelt ist zentral für die Lebensqualität in unserer Stadt. Dabei geht es um Erhalt und Weiterentwicklung von grünen und blauen Lebensadern, um die Gewährleistung von sauberer Luft, reinem Trinkwasser und einer nachhaltigen Ernährung sowie um den Schutz

von Tieren und der Artenvielfalt. Für DIE LINKE sind diese Aufgaben untrennbar mit dem Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit verbunden, denn auch in Frankfurt sind es häufig ärmere Menschen, die am meisten von Lärm, Abgasen und Feinstaub belastet sind.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Eine umfassende Gesamtbelastungsstudie als Grundlage für Umweltschutz, Verkehrs- und Stadtplanung.
- ▶ Eine vollständige Umsetzung der international festgeschriebenen UN-Nachhaltigkeitsziele in Frankfurt.
- ▶ Eine grundlegende Verkehrswende, die die Belastungen durch Feinstaub, Stickoxide, andere Abgase und Lärm verringert.

Grüne und blaue Lebensadern schützen und weiterentwickeln

Die Frankfurter Waldflächen, Parks, Flüsse und Gewässer sind die grünen und blauen Lebensadern unserer Stadt. Sie sind Orte der Erholung und Entspannung, bieten Lebensräume für Tiere und Pflanzen und sind essenziell für ein gutes Stadtklima. Wir finden: Naturräume und Erholungsgebiete sollen nicht nur am Stadtrand, sondern auch im Zentrum und in den Wohnvierteln zur Verfügung stehen und müssen bei der weiteren Stadtentwicklung berücksichtigt werden. Projekte wie die Zerstörung der Grünen Lunge im Nor-

dend zum Bau von Luxuswohnungen lehnen wir daher ab.

Die Frankfurter Gewässer befinden sich insgesamt in keinem guten Zustand. Durch die Landwirtschaft und durch Abwässer geraten Pestizide, Medikamentenreste und andere Schadstoffe in Bäche und Flüsse und bedrohen die Ökosysteme. Viele Gewässer sind mit multiresistenten Keimen belastet, die gefährliche Krankheiten auslösen können. Hier muss dringend umgesteuert werden!

DIE LINKE fordert:

- ▶ Mehr „grüne Inseln“ in Innenstadt und Wohnvierteln als Orte der Ruhe und Erholung, mehr Trinkwasserbrunnen.
- ▶ Systematisch die Entsiegelung versiegelter Flächen durch ein städtisches Programm voranzutreiben. Die Versiegelung neuer Flächen muss so gering wie möglich gehalten werden. Der Grüngürtel darf nicht bebaut werden, sondern soll im Sinne eines Biotopverbunds ausgeweitet werden.
- ▶ Den Erhalt von Frischluftschneisen und eine Grünstrategie für Luftreinheit und Hitzeregulierung.
- ▶ Die Weiterentwicklung von Stadtwald, Parks und Grünflächen unter Berücksichtigung der Klimaanpassung.
- ▶ Fassaden, Dächer und nicht benötigte Flächen im Verkehrsraum verstärkt zu begrünen.
- ▶ Mehr Personal und finanzielle Mittel für die Grünflächenpflege.
- ▶ Der Baumschutz soll verstärkt und ein Baumpflanzprogramm insbesondere für klimaangepasste Arten aufgelegt werden; der Stadtwald soll zu einem klimaangepassten Mischwald weiterentwickelt werden. Bäume sollen vorrangig mit Brauchwasser bewässert werden.
- ▶ Flüsse und Bäche weiter zu renaturieren.
- ▶ Die Abwasserreinigungsanlagen Niederrad und Sindlingen um eine vierte und fünfte Reinigungsstufe auszubauen.

- ▶ Verstärkt Brauchwasser für Gewerbe, Landwirtschaft und Grünbewässerung zu nutzen. Bei Neubaugebieten sollen Brauch- und Trinkwasserkreisläufe getrennt und die Nutzung von Regenwasser gefördert werden.
- ▶ Die Frankfurter Biodiversität mit allen zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu fördern. Die Einrichtung eines Artenschutzentrums kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Nachhaltige Landwirtschaft – gute Nahrungsmittel

Gute und gesunde Lebensmittel, Umwelt- und Klimaschutz, den Erhalt der Artenvielfalt – es gibt viele Argumente für eine ökologische Landwirtschaft. Wir wollen den lokalen und regionalen Anbau und Bezug von Nahrungsmitteln gezielt stärken. Eine Agrarwende hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft in und um Frankfurt ist überfällig!

Öffentliche Kantinen und Schulen wollen wir mit guten und kostengünstigen Mahlzeiten versorgen. Durch den Bezug nachhaltig produzierter Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen kann die Stadt Frankfurt einen wichtigen Beitrag zu guter Ernährung und ökologischer Landwirtschaft leisten.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Verwendung qualitativ hochwertiger Lebensmittel in städtischen Einrichtungen und Kantinen; die Erhöhung des Anteils biologischer, saisonaler und regionaler bzw. fair gehandelter Lebensmittel (90 Prozent bis 2025); die Bereitstellung von vegetarischen und veganen Angeboten; die Unterstützung finanziell Benachteiligter u. a. durch ein kostenloses Kita- und Schulessen.
- ▶ Die Einrichtung öffentlicher kommunaler Kantinen, in denen gesundes und nachhaltiges Essen zu günstigen Preisen angeboten wird.
- ▶ Die Stadt Frankfurt soll dem Netzwerk der Bio-Städte beitreten.
- ▶ Die Unterstützung von Gemeinschaftsgärten, Lebensmittelkooperativen und Solidarischen Landwirtschaften. Für den gemeinschaftlichen ökologischen Nahrungsmittelanbau sollen geeignete städtische Flächen zur Verfügung gestellt werden.
- ▶ Die gezielte Förderung der ökologischen Landwirtschaft durch die Verpachtung stadteigener landwirtschaftlichen Flächen unter Auflagen.
- ▶ Die Einrichtung eines „Food Hubs“ für die Lagerung, Weiterverarbeitung und Verteilung lokaler und regional produzierter Lebensmittel sowie als Bildungs- und Begegnungsort.

- ▶ Die Erarbeitung einer Ernährungsstrategie in Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat Frankfurt.
- ▶ Eine glyphosatfreie und pestizidfreie Stadt Frankfurt.

Müll vermeiden, Recycling fördern

Die kapitalistische Wegwerfgesellschaft ist durch die Produktion immenser Müllberge gekennzeichnet. Diese Produktionsweise ist ein globales ökologisches Problem. Viele Produkte werden bewusst so geplant, dass sie nach kurzer Zeit kaputt gehen und nur schwierig oder gar nicht zu reparieren sind. So soll der Konsum neuer Waren angekurbelt werden.

Diese enorme Müllproduktion zer-

stört unseren Planeten, gefährdet alle Lebewesen und geht in die Nahrungskette ein. Die Vermeidung von Müll sowie die Förderung von Wiederverwendung und Recycling sind daher wichtige Ziele einer sozial-ökologischen Politik. Städtische und öffentliche Einrichtungen müssen hier einerseits mit gutem Beispiel vorangehen, andererseits müssen klare Regeln für private Unternehmen aufgestellt werden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Von der Stadt soll eine Strategie zur Vermeidung von Plastik und Verpackungsmüll erarbeitet werden.
- ▶ Kriterien der Ressourcenschonung und Langlebigkeit in der städtischen Beschaffung zentral zu berücksichtigen.
- ▶ Eine Verringerung der Lebensmittelverschwendung in öffentlichen Einrichtungen und privaten Haushalten.
- ▶ In der öffentlichen Verwaltung sowie in Schulen soll zu 100% Recyclingpapier eingesetzt werden.
- ▶ Kunstrasen zur Sportbetätigung ist wegen der immensen Mikroplastik-Emissionen durch Naturrasen zu ersetzen.
- ▶ Die Unterstützung von Repair-Cafés, Unverpacktläden und anderen Einrichtungen, die zur Müllvermeidung beitragen.

Tiere schützen, Umweltbildung ausweiten

Tiere sind fühlende Lebewesen. In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, in dem nur der Profit zählt, gelten sie jedoch als Ware wie jede andere und müssen im Rahmen der Massentierhaltung oft grausame Qualen ertragen. Wir treten für ein Ende der industriellen Massentierhaltung und für einen artgerechten Umgang mit Haus- und Nutztieren sowie den Erhalt der

Lebensräume von Wildtieren ein.

Je mehr positiven Bezug Kinder und Jugendliche zu Tieren und Natur haben und umso mehr sie über ökologische Zusammenhänge wissen, desto mehr werden sie unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Daher wollen wir Umweltbildungsprojekte in Frankfurt fördern und ausweiten und Einrichtungen wie den Kobelt-Zoo unterstützen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Artgerechte Haltungsbedingungen von Nutztieren in der Landwirtschaft.
- ▶ Die Lebensräume von Wildtieren in Frankfurt müssen geschützt werden.
- ▶ Die Präsentation von Wildtieren in Zirkussen soll in Frankfurt verboten werden, da im Zirkus keine artgerechte Haltung möglich ist.
- ▶ Die Förderung und Ausweitung der Umweltbildung.
- ▶ Die Unterstützung des Kobelt-Zoos, um den frühkindlichen Kontakt mit Tieren zu ermöglichen.

7. Gesundheit ist keine Ware

Gerade während der Corona-Pandemie sind die Schwachstellen des über Jahre kaputtgesparten und kommerzialisierten Gesundheitssystems deutlich geworden. Gesundheitsversorgung und Pflege dürfen nicht dem Profit- und Konkurrenzprinzip überlassen werden!

DIE LINKE engagiert sich daher für eine Pharmaproduktion in öffentlicher Hand und eine Bürgerversicherung, in der alle Menschen, die in Deutschland leben, versichert sind und einen freien Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung haben. Das Profitprinzip darf auch nicht für die Krankenhäuser gelten. Gewinne in diesem Bereich gehen auf Kosten der Beschäftigten und der Patient*innen. Deshalb lehnt DIE LINKE die Privatisierung von Krankenhäusern generell ab. Die Stadt muss

Verantwortung übernehmen für eine gute Gesundheitsversorgung – zu der jede*r Zugang hat, unabhängig davon, ob und wie man krankenversichert ist, wo man wohnt oder was man verdient.

DIE LINKE unterstützt die Auseinandersetzungen der Beschäftigten an den Kliniken für eine Personalbemessung, die sich am tatsächlichen Bedarf in der Pflege orientiert. Wir setzen uns dafür ein, dass wie von den Beschäftigten und ver.di gefordert, die Fallpauschalen endlich abgeschafft werden.

Kommunale Gesundheitspolitik ist ein Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge. Sie muss sich den Herausforderungen, die sich aus den konkreten Lebenslagen der Bevölkerung ergeben, stellen.

***Kommunale
Gesundheitspolitik ist ein
Kernbereich öffentlicher
Daseinsvorsorge***



Ambulante medizinische Versorgung in Frankfurt

Die ambulante ärztliche Versorgung ist nicht zufriedenstellend. In Frankfurt befinden sich die meisten kassenärztlichen Niederlassungen im Bereich der Innenstadt und innenstadtnahen Stadtteile. In den äußeren Stadtteilen nimmt die ärztliche Versorgungsdichte deutlich ab.

Während dort die Versorgung mit Hausärzt*innen wenigstens noch weitgehend gewährleistet ist, gilt das für Fachärzt*innen nicht. Für die Patient*innen bedeutet dies hohe Kos-

*In Frankfurt leben
immer mehr
Menschen ohne
Krankenversicherung*

ten und Zeitaufwand für Arztbesuche, was gerade ältere, ärmere und beeinträchtigte Menschen vor Probleme stellt. Hinzu kommt, dass die Praxen nur selten barrierefrei zugänglich sind.

Auch in Frankfurt leben immer mehr Menschen ohne Krankenversicherung. Für ihre medizinische Versorgung gibt es die Humanitäre Sprechstunde im Gesundheitsamt, die sehr stark in Anspruch genommen wird und deren Angebot nicht mehr ausreicht.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Stadt führt Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung mit dem Ziel, Kassenarztsitze zu erhalten, um in den unterversorgten Stadtteilen kommunale Medizinische Versorgungszentren zu gründen, in denen Ärzt*innen und Therapeut*innen als kommunale Angestellte tätig werden können.
- ▶ Die Stadt legt ein Förderprogramm auf, nicht barrierefreie Praxen behindertengerecht umzubauen.
- ▶ Die Humanitäre Sprechstunde im Gesundheitsamt, die immer mehr Zulauf hat, muss dringend ausgebaut und um dezentrale Angebote erweitert werden.
- ▶ Die Ermöglichung der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in jedem kommunalen Krankenhaus sowie die flächendeckende Versorgung jeder Apotheke mit der sogenannten Pille danach. Den Abbau konfessioneller Schwangerschaftsberatungsstellen bei gleichzeitiger Ausweitung säkularer Beratungsstellen wie beispielsweise Pro Familia und deren Zusammenarbeit mit Sozialberatungsstellen.

Häusliche Pflege entkommerzialisieren

Das vorhandene Angebot der Stadt rund um die häusliche Pflege ist unzureichend. Die großen freigemeinnützigen Träger sind untereinander Konkurrenten und an keiner abgestimmten Leistungserbringung interessiert. Es gibt keine professionelle städtische Institution, die aus Eigeninitiative und Kenntnis der lokalen Situation präventiv und aufsuchend Menschen anspricht bzw. fachkompetent pflegerisch versorgt. Für Zugewanderte und ihre Angehö-

Die Stadt Frankfurt stiehlt sich aus ihrer Verantwortung für den Bereich der häuslichen Pflege

rigen fehlt es an ausreichenden spezifischen Angeboten. De facto stiehlt sich die Stadt Frankfurt aus ihrer Verantwortung für den Bereich der häuslichen Pflege und delegiert sie an die freigemeinnützigen Träger sowie eine Vielzahl von kleinen, privaten, kommerziell ausgerichteten Pflegediensten, deren Mitarbeiter*innen teilweise nicht ausreichend qualifiziert sind und die unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Stadt muss Akteur bei der Versorgung der Pflegebedürftigen in ihrer Wohnung werden. Damit trägt sie dazu bei, dass Menschen möglichst lange zu Hause leben können.
- ▶ Die Stadt muss ein Netz von eigenen Mitarbeiter*innen schaffen, die in den Stadtteilen angesiedelt sind, die dortige Bevölkerung kennen und aufsuchend Pflege- und Betreuungsangebote machen.
- ▶ Die Stadt erstellt ein auf Zugewanderte zugeschnittenes Angebot zur Information über häusliche Pflege und sorgt dafür, dass der Übergang in die häusliche Pflege auch für diesen Personenkreis sichergestellt ist.

Angebote für Familien und Frauen

Eltern haben große Probleme, für die Schwangerschaftsvorsorge, die Geburtshilfe und die Nachsorge eine Hebamme oder einen Entbindungspfleger zu finden, weil es viel zu wenige

Es viel zu wenige Hebammen in Frankfurt

Hebammen in Frankfurt gibt. Geringe Einnahmen und hohe Haftpflichtprämien haben dazu geführt, dass viele den Beruf wieder aufgegeben haben. Genau wie in der häuslichen Pflege hat



die Stadt keinerlei eigene Kompetenzen in diesem Bereich. Dabei wären „städtische Hebammen“ ein weiterer

Baustein in der Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Einrichtung einer zentralen Stelle, die bei der Kommune angestellte Hebammen im Stadtgebiet vermittelt.
- ▶ Unterstützung von Gemeinschaftspraxen von Hebammen als kommunale Einrichtungen in den Stadtteilen, die z.B. Kurse wie Geburtsvorbereitung und nachgeburtliche Hilfestellungen etc. anbieten.

Stationäre Gesundheitsversorgung

Gesundheit und Pflege gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge und dürfen nicht dem Gewinnstreben privater Unternehmen überlassen werden.

Das gilt ganz besonders für Krankenhäuser.

Gewinne in diesem Bereich gehen auf Kosten der Patient*innen sowie der Beschäftigten, die unter Arbeitsverdichtung, Absenkung der Fachkräftequote und schlechter Bezahlung leiden. Deshalb lehnt DIE LINKE die Privatisierung von Krankenhäusern generell ab. Auch die Ausgliederung einzelner Bereiche wie zum Beispiel der Küche, Logistik oder Reinigungsdienst lehnen wir ab.

Wir kämpfen seit Jahren zusammen mit den Beschäftigten des Klinikums Frankfurt-Höchst als einziges Frankfurter Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft dafür, dass die kommunale Trägerschaft erhalten bleibt und kein Verkauf an einen privaten Klinikkonzern erfolgt.

Frankfurt braucht auch eine bessere Palliativversorgung und den Ausbau an Hospizangeboten. Der Wunsch todkranker Menschen, in vertrauter Umgebung oder in einem Hospiz in Würde zu sterben, darf nicht an fehlenden finanziellen Mitteln oder dem Mangel an Plätzen scheitern.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Erhalt des Klinikums Höchst in kommunaler Trägerschaft.
- ▶ Schaffung neuer Hospize und Verbesserung der bestehenden Förderung der ambulanten

Gesundheit und Corona

Im Bereich der kommunalen Gesundheitsversorgung sind während der Pandemie die Schwachstellen deutlich geworden. Trotz vorhandener Pläne gab es erhebliche Schwierigkeiten zum Beispiel bei der Versorgung mit Desinfektionsmitteln, Handschuhen, Schutzanzügen etc., bei der Drogenhilfe, bei der Versorgung von Obdachlosen, im

Bereich der häuslichen Pflege, in Pflegeheimen und Flüchtlingsunterkünften.

Es wurde zu wenig, zu spät und nicht regelmäßig getestet. Entweder fehlten die Testsets oder Personal. Die jahrelange Sparwut der Kommunen hat verhindert, dass genügend Ausrüstung für Notfälle auf Vorrat beschafft wurde.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Das Gesundheitsamt muss dauerhaft personell aufgestockt werden, um auch bei künftigen Pandemien für den erhöhten Beratungs- und Handlungsbedarf, die Betreuung von Personen in Quarantäne und die Nachverfolgung von Infektionsketten vorbereitet zu sein.
- ▶ Die Erstellung eines Bevorratungsmanagements, das die Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln, Hygieneausstattungen und Medikamenten für mindestens vier Wochen sicherstellen kann.

Für eine rationale Drogenpolitik

Die deutsche Drogenpolitik ist ebenso überholt wie unwirksam. Sie richtet sich gegen die Konsument*innen und drängt abhängigkeitskranke Menschen durch Stigmatisierung und Kriminalisierung an den Rand der Gesellschaft. Drogenpolitik erfordert eine ehrliche Auseinandersetzung über Konsumrisiken, eine wirksame Prävention für Suchtgefährdete, Gesundheitsversorgung abhängigkeitskranker Menschen und Schutz für Konsumierende. Hierzu gehört eine Reform des Betäubungsmittelgesetzes auf Bundesebene. Sinn-

voll ist zudem die Legalisierung des Cannabiskonsums Erwachsener und eine wirksame Präventionsarbeit für Jugendliche.

Der „Frankfurter Weg“ weist in die richtige Richtung: Die Hilfsangebote für Drogenabhängige müssen weiter ausgebaut, die Selbsthilfe finanziell unterstützt und die Betroffenen in die Gestaltung der Hilfeangebote einbezogen werden. Dies ist unter den Bedingungen von Corona umso notwendiger, da sich der Versorgungsbedarf noch erhöht.



DIE LINKE fordert:

- ▶ Ausbau der Präventionsarbeit, insbesondere an den Frankfurter Schulen
- ▶ Ein Modellprojekt zur legalen Cannabisabgabe in der Stadt. Viele Patient*innen würden von der Gründung von Anbauvereinen (Cannabis Social Clubs) nach belgischem Vorbild profitieren.
- ▶ Schulungen und Aufklärung von Ärzt*innen zur Abgabe von medizinischem Cannabis durch das Gesundheitsamt.
- ▶ Der „Frankfurter Weg“ muss weiter beschritten werden!
- ▶ Überdachte öffentliche Räume mit Zugang zu sanitären Anlagen, in denen sich Drogenabhängige ohne Verfolgungsdruck aufhalten können.
- ▶ Erweiterung der Konsumräume mit 24-Stunden-Öffnung, mehr sichere Konsum- und Aufenthaltsplätze auch für Crack-Konsument*innen, Tolerierung von Micro-Deals in den Räumen.
- ▶ Das Bahnhofsviertel gehört allen! Die Vertreibung und die Repressionen gegen Drogenkonsument*innen sind eine klare Abkehr vom „Frankfurter Weg“ und müssen gestoppt werden.

8. Bildung ist ein Menschenrecht

Schule und Kitas sind soziale Räume, in denen es um Bildung und Erziehung als Voraussetzung für die Teilhabe in der Gesellschaft und um Inklusion geht. Jedes Kind, jede*r Jugendliche und jede*r Erwachsene hat ein Recht auf gebührenfreie gute Bildung und Weiterbildung. Diese darf nicht vom Geldbeutel, Nationalität, Hautfarbe oder von der sozialen Herkunft abhängen. Als Träger von Kitas und Schulen müssen die Kommu-

nen daher die Instandhaltung der Gebäude und eine moderne Ausstattung gewährleisten und gute Bildung ins Zentrum ihrer Entscheidungen stellen.

Durch die Corona-Krise hat die Bildungsbenachteiligung weiter zugenommen; nicht zuletzt aufgrund beengter Wohnverhältnisse und man-

Bildung darf nicht vom Geldbeutel, Nationalität, Hautfarbe oder von der sozialen Herkunft abhängen

gelhafter Digitalausstattung. Es wurde deutlich, dass die wochenlange Übertragung von Kita-Aufgaben und schulischen Bildungsaufgaben viele Eltern – noch dazu bei paralleler Homeoffice-Arbeit – überfordert hat. Sie können, wollen und sollen nicht die Bildung durch Lehrkräfte ersetzen. Es werden zusätzliche Räume gebraucht, wenigstens vorübergehend, bis Schulen anders gebaut sind und mehr Platz für Arbeitsgruppen und

besondere Förderung haben. In externen Räumen sollte Präsenz-Unterricht – auch mit digitalen Geräten – möglich sein. Zum einen, um kein Kind zurückzulassen, und zum anderen, um das soziale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken.

Gute Bildung von Anfang an! Mehr Kitaplätze schaffen, Erzieher*innenberuf aufwerten

Bildung fängt bei den Kleinsten an. Kinder brauchen Kinder! Für die Entwicklung kleiner Kinder ist der frühe Kontakt zu Gleichaltrigen und verantwortungsvollen, sie fördernden Bezugspersonen wichtig. Frühkindliche Bildung kann auch sozialen Benachteiligungen entgegenwirken. Nötig sind ausreichend Kitaplätze, kleine Gruppengrößen und angemessen bezahltes und gut ausgebildetes Personal. Denn für eine gute Qualität der Betreuung und Bildung der Kleinsten braucht es ausgebildetes pädagogisches Personal.

Erzieher*innen brauchen Kolleg*innen! Der Erzieher*innenberuf ist durch

die Corona-Krise endlich einer seiner Bedeutung angemessenen Anerkennung näher gekommen. Dies darf sich nicht in immaterieller Wertschätzung erschöpfen, sondern muss konkrete Auswirkungen haben, damit der Beruf attraktiver wird. Im Moment gibt es einen Mangel an Erzieher*innen. Einrichtungen können deshalb oft nicht mehr mit maximaler Kapazität arbeiten und müssen Gruppen schließen. Für die Beschäftigten steigen seit Jahren die Anforderungen im Beruf. Die Entlohnung dieser Berufsgruppe muss ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend deutlich steigen.

Die LINKE fordert:

- ▶ Gebührenfreiheit für Krippen, Horte und Kindertagespflege. Auch Essensgeld sollte nicht weiter erhoben werden.
- ▶ Den Versorgungsgrad mit Kitaplätzen zu erhöhen.
- ▶ Angleichung der Entlohnung der Erzieher*innen an den Lohn der Grundschullehrer*innen.
- ▶ Die schulische Berufsausbildung als Erzieher*in ist frei von Schulgeld zu gestalten und mit einem Ausbildungsgehalt auf Basis eines Tarifvertrages oder „Schüler-BAföG“ (ohne Kreditbezug) zu entlohnen.
- ▶ Die Erhöhung des Versorgungsgrades mit Kitaplätzen.
- ▶ Ein Ende des Hürdenlaufs zum Kitaplatz! Die kommunale Plattform „Kindernet“ muss optimiert werden, damit sie Eltern eine wirkliche Hilfe ist.
- ▶ Freistellung der Kita-Leitung für Managementaufgaben, Personalführung und Konzeptionsarbeit pro Gruppe von 25 Prozent der Wochenarbeitszeit.

Inklusive und moderne Schulen in Frankfurt

Für gelingende Bildung braucht es Gebäude in gutem Zustand, die modernen Ansprüchen und pädagogischen Anforderungen gerecht werden. Der Zustand etlicher Schulen in Frankfurt hingegen ist schlecht: undichte Fenster und Dächer, Mangel an Fachräumen, unzulängliche technische Ausstattungen, manche Gebäude können nicht mehr saniert und müssen abgerissen werden. Besonders unhygienische sanitäre Anlagen bringen Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen immer wieder auf die Barrikaden. Die Stadt schiebt einen riesigen Sanierungsstau vor sich her und kommt mit den Sanierungen maroder Gebäude kaum nach. Dabei ist genug Geld da, oftmals ist es sogar bereits

Die Stadt schiebt einen riesigen Sanierungsstau vor sich her und kommt mit den Sanierungen maroder Gebäude kaum nach

bewilligt. Aber das Personal fehlt, um es auszugeben. So verhält es sich auch beim Schulaus- und -neubau, weshalb viele Schüler*innen über Jahre in Containern unterrichtet werden.

Hier muss die Stadt dringend umsteuern und mehr Fachpersonal einstellen, um der Mammutaufgabe von Schulsanierungen und -neubauten gewachsen zu sein. Auch die Corona-Pandemie hat uns die kommenden Aufgaben noch einmal vor Augen geführt: Neben Pandemieplänen brauchen wir Gebäude und ausreichend Ausstattung, um angemessenen Hygienestandards zu genügen und Schüler*innen und Beschäftigte schützen zu können.

Eine Schule für alle: Das dreigliedrige Schulsystem überwinden

Die Schulform der Integrierten Gesamtschulen wird aus guten Gründen immer beliebter. Mit ihrem integrativen Ansatz unterscheidet sie sich vom dreigliedrigen Schulsystem aus Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, welches mit seiner frühen Aufteilung der Kinder auf unterschiedliche Schulformen die Bildungsungerechtigkeit und soziale Spaltung unserer Gesellschaft verfestigt. Während im dreigliedrigen System der schulische Erfolg oft

vom Geldbeutel bzw. Bildungshintergrund der Eltern abhängt, leisten die Integrierten Gesamtschulen wichtige Arbeit, um Kinder und Jugendliche aller sozialer Schichten und Milieus und unabhängig von Benachteiligungen und Behinderungen individuell zu fördern. Solidarisches Verhalten, Teamfähigkeit und Kreativität sind wichtige Lernziele. Die Versorgung mit Integrierten Gesamtschulen in Frankfurt muss daher weiter ausgebaut werden. Alle Kinder



und Jugendlichen eines Stadtteils sollen bis zur 10. Klasse entsprechend ihren Fähigkeiten gemeinsam lernen.

Das schafft die Grundvoraussetzung für Chancengleichheit.

Für eine echte Ganztagschule

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es wichtig, dass sich Eltern auf eine ganztägige qualifizierte Betreuung ihrer Kinder verlassen können. Da viele Grundschulen immer noch kein verlässliches Ganztagsangebot haben, wird eine Nachmittagsbetreuung benötigt. Davon gibt es viel zu wenig, und die Verteilung der freien Plätze funktio-

niert nicht gut. Eltern, die keinen Hort- oder Betreuungsplatz gefunden haben, stehen oft vor dem Dilemma, ihren Job aufzugeben oder gar umziehen zu müssen. Auch hier wird die soziale Ungerechtigkeit deutlich: Eltern mit hohem Einkommen können eine private Betreuung organisieren. Eltern, die nicht viel Geld haben, ist das nicht möglich.

Die LINKE fordert:

- ▶ Die Stadt muss mehr Bauingenieur*innen, Architekt*innen und Fachpersonal einstellen, um Schulsanierungen und -neubauten voranzutreiben.
- ▶ Jeder Schule müssen von der Kommune Gelder für ein erweitertes und verändertes Raumkonzept auf Grund der Corona-Bedingungen zur Verfügung gestellt werden.
- ▶ Die baulichen und personellen Voraussetzungen für Inklusion und Ganztagschule sind zu schaffen: Barrierefreie Gebäude, Räume für multiprofessionelle Teams und für Schulspeisungen; mehr Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen und qualifizierte Schulbegleiter*innen.
- ▶ Statt weiterer Gymnasien Integrierte Gesamtschulen als gebundene rhythmisierte Ganztagschulen bauen!
- ▶ Das Lernangebot wird auf den Vor- und Nachmittag verteilt, Unterricht und Pausen verlaufen bewegungsorientiert, die Kinder werden individuell gefördert.
- ▶ Unentgeltliches Mittagessen in Schulen.
- ▶ Re-Kommunalisierung der Schulreinigung und Hausmeistertätigkeiten.
- ▶ Demokratische Beteiligung von Eltern, Schüler*innen und Lehrer*innen und anderen schulischen Mitarbeiter*innen bei schulischen Entscheidungen.
- ▶ Bis es eine flächendeckende Versorgung mit Ganztagschulen gibt, müssen genug kostenfreie Hortplätze mit ausreichendem, gut ausgebildetem

und angemessen entlohntem Personal angeboten werden.

- ▶ Erweiterungen im Betreuungsangebot z.B. Ferienbetreuung muss durch entsprechende Personalaufstockungen gewährt werden.
- ▶ Die kommunalen Arbeitgeber haben Eltern mit kleinen Kindern passgenaue Arbeitszeitmodelle anzubieten.
- ▶ Prekäre Beschäftigungen in Kitas und Ganztagschulen sind in tarifgebundene, unbefristete und möglichst Vollzeitstellen umzuwandeln.
- ▶ Schulsozialarbeit in allen Schulformen fest und verlässlich zu installieren.

Berufsschulen

Die Stadt ist ein wichtiger Standort für berufliche Bildung in Hessen. 27.000 Schüler*innen besuchen in Frankfurt 16 berufliche Schulen. Der Übergang von der Schule in den Beruf ist entscheidend für das Gelingen des weiteren beruflichen Lebens. Damit Jugendliche nicht schon an der ersten Schwelle scheitern oder bei der Suche nach einer Lehrstelle leer ausgehen, muss die Stadt mehr tun.

Frankfurter Schüler*innen, die von strukturellen Benachteiligungen betroffen sind, müssen bessere Bildungschancen erhalten. Mit der Stärkung der Jugendhilfe an Schulen werden Benachteiligten mit Hilfe von Schul-

sozialarbeit abgebaut. Daher möchten wir das bestehende Förderprogramm Jugendhilfe ausbauen und auf Berufsschulen erweitern.

Besonders in der Orientierungsphase brauchen Jugendliche Unterstützung. Die Berufseinstiegsbegleitung unterstützt junge Menschen aus Real-, Haupt- und Förderschulen bzw. -schulzweigen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Dabei begegnen die Begleiter*innen den Jugendlichen bereits in der Schule. Derzeit ist die Berufseinstiegsbegleitung allerdings bedroht, da EU-Mittel auslaufen und die Stadt zögert, das Projekt weiterzufinanzieren.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Weiterführung und den Ausbau der Berufseinstiegsbegleitung.
- ▶ Auflegen eines Förderprogramms Jugendhilfeangebote auch an Berufsschulen.
- ▶ Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen bei der Stadt und den städtischen Unternehmen, auch weil die neu geschaffenen Ausbildungsplätze durch Mittel aus dem Konjunkturprogramm Corona unterstützt werden.

Digitalisierung der Schulen

Die digitale Ausstattung der Frankfurter Schulen liegt weit unter dem sonst üblichen Niveau und der Support von Hard- und Software ist ein Problem. Der Weiterbildung von Lehrkräften und technischen Schulassistent*innen wurde zu wenig Bedeutung beigemessen. Zu lange verließ sich die Stadt darauf, dass Mängel in diesem Bereich privat ausgeglichen werden. Die Schwachstellen sind während der Corona-Pandemie deutlich zutage getreten. Es gab weder konkrete Vorstellungen, wie Homeschooling in Ausnahmesituationen gut funktioniert und wie die Kommunikation zwischen Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern stattfinden soll, noch wie Lernen und Unterrichten im virtuellen Klassenzimmer pädagogisch, didaktisch und technisch aufgesetzt sein soll. Schulen oder gar

Die Gestaltungsmacht über Prozesse der Digitalisierung muss bei der öffentlichen Hand sowie den Lehrenden und Lernenden liegen

einzelne Lehrkräfte handelten bisher bei der Auswahl von Tools und Plattformen weitgehend alleine. Und auch hier sind wieder die Kinder und Jugendlichen im Nachteil, die zu Hause wenig bis keine digitale Unterstützung erfahren können. Um dieser Situation Abhilfe zu schaffen, soll die Stadt ein großangelegtes Digitalisierungsprogramm für Bildungseinrichtungen auflegen. Dies darf sie nicht privaten Anbietern überlassen: Die Gestaltungsmacht über Prozesse der Digitalisierung muss bei der öffentlichen Hand sowie den Lehrenden und Lernenden liegen, nicht bei privaten Großkonzernen. Digitale Lernmedien sind nur insoweit sinnvoll, als sie pädagogische Ziele befördern und Schulen als soziale Räume erhalten.

Die LINKE fordert:

- ▶ Die digitale Ausstattung aller Schüler*innen mit Internet und digitalen Geräten muss gewährleistet werden, um der sozialen Ungleichheit entgegenzuwirken. Digitale Hardware und Software muss von Anbietern ohne Werbe- oder politischen Manipulationsinteressen bereitgestellt werden. Insbesondere der Schutz der Daten von Kindern ist einzuhalten.
- ▶ Die Schulen müssen mit Kameras und Plattformen für Streaming ausgestattet werden.
- ▶ Die Unterstützung von Schulen durch IT-Fachkräfte ist zu gewährleisten.
- ▶ Die Stadt soll mit ihren Ressourcen bei der Einführung und Nutzung digita-

ler Lehr- und Lernmethoden Unterstützung leisten.

- ▶ Die Digitalisierung der Schulen muss in ein ganzheitliches pädagogisches Konzept eingebunden sein, welches die zentrale Rolle von sozialen Beziehungen in Lehr- und Lernprozessen anerkennt und kritischen Medienkonsum lehrt.

Erwachsenenbildung

Lernen endet nicht mit dem Besuch der Schule und dem Abschluss der Ausbildung. Wir wollen, dass Menschen jeden Alters Zugang zu Bildung haben. Mit der Volkshochschule hat

die Stadt die Möglichkeit, auch elementare Bildungsangebote zu schaffen, z. B. Alphabetisierungskurse für Erwachsene, um Bildungsvoraussetzungen nachholen zu können.

Die LINKE fordert:

- ▶ Die Gebührenfreiheit elementarer Bildungsangebote an der Volkshochschule.
- ▶ Die VHS-Kursleiter*innen, die auf Honorarbasis arbeiten, müssen tariflich entlohnt werden. Bei privaten Anbietern der Erwachsenenbildung muss dies ebenfalls sichergestellt werden. Die bisherige Praxis von befristeten Arbeitsverträgen, die zumeist Werkverträge über wenige Wochen sind, muss aufhören.
- ▶ Auf Qualität wie angemessene Kursgrößen und räumliche Ausstattung ist zu achten.
- ▶ Die Angebote zur politischen Bildung müssen ausgebaut werden.

9. Gleiche Rechte für Migrant*innen – Geflüchtete willkommen

Frankfurt ist eine internationale Stadt. Mehr als die Hälfte der Einwohner*innen haben einen Migrationshintergrund. Menschen aus über 180 verschiedenen Nationen leben hier. Diese kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung.

DIE LINKE setzt sich für die Einbeziehung aller dauerhaft in Frankfurt lebenden Menschen in politische Entscheidungsprozesse ein. Alle Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, sollen gleichberechtigt über die kommunalen Belange bestimmen können. Deshalb wollen wir das kommunale Wahlrecht ausweiten. Solange der Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für ein kommunales Wahlrecht nicht

*Migrant*innen erleben alltäglich Stigmatisierung und institutionellen Rassismus*

schaffen, müssen die Ausländer*innenbeiräte aufgewertet und andere Wege der Mitwirkung für Migrant*innen geschaffen werden. Wir kritisieren, dass die schwarz-grüne Landesregierung die Abschaffung der Ausländer*innenbeiräte vor Ort ermöglicht hat. Das „Integrations- und Diversitätsmonitoring“ der Stadt Frankfurt zeigt Defizite im Handlungsfeld Spracherwerb und -entwicklung und damit in der Bildungsarbeit auf. Auch beim Zugang zum Arbeitsmarkt und damit der materiellen Absicherung der Familien gibt es Probleme. Bei der Wohnungssuche und auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch immer große Hürden für Menschen mit Migrationshintergrund. Viele arbeiten in Niedriglohnjobs zu unsicheren Be-

dingungen. Im Ausland erworbene Berufsabschlüsse in Deutschland anerkennen zu lassen, erfordert viel Mühe und Bürokratie. Im Öffentlichen Dienst und der Stadtverwaltung sind Menschen mit Migrationshintergrund noch immer unterrepräsentiert. Mehrsprachige Informationen fehlen häufig, und

bei der Ausländerbehörde gibt es noch lange nicht die gleiche Servicequalität wie bei Bürgerämtern. Migrant*innen erleben alltäglich Stigmatisierung und institutionellen Rassismus. Racial Profiling kriminalisiert und diskriminiert Menschen aufgrund von äußeren Merkmalen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Alle in Frankfurt lebenden Migrant*innen sollen das kommunale Wahlrecht erhalten, bisher haben dies nur EU-Bürger*innen.
- ▶ Aufwertung der Ausländer*innenbeiräte.
- ▶ Die Bereitstellung von Räumen durch die Stadt für ein selbstverwaltetes migrantisches Zentrum, in dem Beratung, Wohnen und Leben unter einem Dach möglich ist. Wir fordern ein Zuhause für Project Shelter und Unterstützung für zivilgesellschaftliche selbstorganisierte Projekte.
- ▶ Unterstützung und Ausweitung der bestehenden Beratungsangebote zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.
- ▶ Ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen.
- ▶ Ein durchlässiges Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule. Dies kommt allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft zugute.
- ▶ Ein Programm gegen Rassismus und Antisemitismus an Schulen, das solche Vorkommnisse nicht einfach als vermeintliches Bildungsproblem der Schüler*innen behandelt.
- ▶ Konkrete Schritte der Stadt Frankfurt gegen Diskriminierungen bei der Wohnungssuche und auf dem Arbeitsmarkt.
- ▶ Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, um die gesellschaftliche Vielfalt auch in der Stadtverwaltung abzubilden.
- ▶ Die Ausländerbehörde wird dem Dezernat Integration und Bildung bzw. dem Amt für interkulturelle Angelegenheiten unterstellt.
- ▶ Schluss mit dem Schlangestehen vor der Ausländerbehörde und langem Warten auf Termine! Die Terminvergabe und der Zugang zu den Dienstleistungen sind umgehend zu verbessern.
- ▶ Das Personal der Ausländerbehörde wird aufgestockt. Die Mitarbeiter*innen erhalten in festen zeitlichen Abständen Weiterbildungen aus dem Themenfeld interkulturelle Kompetenz und Antidiskriminierung.
- ▶ Eine Unterkunft (Boardinghaus) für Wanderarbeiter*innen ist einzurichten.

Geflüchtete Menschen in Frankfurt willkommen heißen

Weltweit sind immer mehr Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Konflikten, Folgen der Klimaerwärmung und Armut. Kriege und Konflikte, die oft genug durch militärische Einsätze der Bundeswehr und deutsche Rüstungsexporte verschärft wurden.

Viele geflüchtete Menschen haben einen langen und gefährlichen Weg nach Frankfurt hinter sich, haben Angehörige verloren und sind traumatisiert. Sie in Frankfurt willkommen zu heißen bedeutet, ihnen Empathie und Sicher-

heit entgegenzubringen, statt bürokratische Hürden aufzutürmen. Stadt und Land müssen für eine menschenwürdige Unterbringung und gute soziale, medizinische und psychologische Betreuung sorgen. Das Engagement von Sozialarbeiter*innen, Kirchengemeinden und vielen ehrenamtlichen Initiati-

ven und Einzelpersonen, die sich aktiv und aufopfernd einbringen, kann die Missstände nur abmildern.

Die Unterbringung von geflüchteten Menschen ist vielerorts völlig unzureichend. Viele leben über Monate oder gar Jahre in überfüllten Massenunterkünften, auf engstem Raum und ohne ausreichende Privatsphäre. Die Corona-Krise hat Menschen in Sammelunterkünften besonders

hart getroffen, Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten ist fast unmöglich und Quarantänemaßnahmen

sind unter derart beengten Wohnverhältnissen besonders belastend. Wir wollen eine echte Willkommenskultur in Frankfurt verankern. Dazu muss in erster Linie das Land, aber auch die Stadt ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Eine menschenwürdige Unterbringung und gute soziale, medizinische und psychologische Betreuung

DIE LINKE fordert:

- ▶ Versorgung von geflüchteten Menschen mit angemessenem Wohnraum, nicht dauerhaft in Gemeinschaftsunterkünften, sondern dezentral im Rahmen des allgemeinen Wohnungsbestandes. Dazu müssen landesweite Mindeststandards eingeführt werden.
- ▶ Hilfe für Geflüchtete bei der Wohnungssuche.
- ▶ Wenn Sammelunterkünfte kurzfristig nicht vermeidbar sind, müssen sie gut ausgestattet werden. Geflüchtete müssen geschützt werden vor unangemessen hohen Zahlungen für ihre Unterkunft. Wenn möglich sollen integrierte Wohnkonzepte umgesetzt werden, z. B. in Verbindung mit studentischem Wohnen.

- ▶ Gute medizinische Versorgung, soziale und psychologische Betreuung.
- ▶ Jugendlichen muss der Schulbesuch und ein Nachholen von Abschlüssen ermöglicht und erleichtert werden.
- ▶ Getrennte Unterbringung von alleinstehenden Frauen und ihren Kindern und uneingeschränkter Zugang zu Frauenhäusern ist sicherzustellen.
- ▶ Möglichkeit zum Wohnortwechsel für von Gewalt Betroffene.
- ▶ Ausweitung des Angebots an Alphabetisierungs-, Sprach- und Integrationskursen mit Kinderbetreuung.
- ▶ Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen der Flüchtlingshilfe.
- ▶ Frankfurt erklärt sich zum sicheren Hafen und nimmt freiwillig aus Seenot gerettete Geflüchtete auf.

10. Kein Platz für Rassismus und Nazis!

Frankfurt ist eine weltoffene und internationale Stadt, in der Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Nazis keinen Platz haben dürfen.

Wir sind stolz darauf, dass, wann immer Aufmärsche von Nazis angekündigt werden, sich ihnen viele Menschen in den Weg stellen. Der Kampf gegen Rassismus in all seinen Formen, rechte Ideologien und Frauenfeindlichkeit ist eine tägliche Aufgabe. Als LINKE arbeiten wir mit in gesellschaftlichen Bündnissen gegen Rassismus und Faschismus.

Mit den Protesten um #BlackLivesMatter haben Betroffene nochmals lautstark betont: Auch wenn Frank-

furt sich gern weltoffen gibt, sind viele Menschen von Alltagsrassismus betroffen. Es ist unser aller Aufgabe, dafür Verantwortung zu tragen, dass kein Mensch herabgewürdigt oder diskriminiert wird. Es gilt, Rassismus überall entgegenzutreten – am Stammtisch, auf der Arbeit, im Alltag und insbesondere auch in den Behörden.

Gerade durch die Polizei-affäre um NSU 2.0 wurde das Sicherheitsgefühl vieler Migrant*innen, People of

Color und linker Aktivist*innen beeinträchtigt – und das 1. Polizeirevier in Frankfurt zum Symbol für eine Polizei, der sie nicht vertrauen können.

***Auch wenn Frankfurt
sich gern weltoffen gibt,
sind viele Menschen
von Alltagsrassismus
betroffen***

DIE LINKE fordert:

- ▶ Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Diskriminierung und rechte Gewalt.
- ▶ Keine Genehmigung von Nazi-Aufmärschen in der Stadt und keine Vermietung öffentlicher Räume an Nazis.
- ▶ Förderung anti-rassistischer Bildungsarbeit - insbesondere an den Schulen.
- ▶ Fortbildung der städtischen Mitarbeiter*innen in der Verwaltung und bei der Stadtpolizei in interkultureller Kompetenz und in Anti-Rassismus-Trainings.
- ▶ Unterstützungs- und Beratungsangebote für Menschen, die Opfer von rassistischem Mobbing, Diskriminierung und rechter Gewalt wurden, stärken und ausbauen.
- ▶ Einrichtung einer unabhängigen Stelle für Beschwerden bei Diskriminierung und Gewalt durch Polizei und andere Sicherheitsbehörden.

11. Friedenspolitik vor Ort: Kein Platz für Militarismus!

Auch wenn militärische Entscheidungen von Bundesregierung und Bundestag getroffen werden, ist Friedenspolitik ein wichtiges Thema in den Kommunen. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt Auslandseinsätze, Rüstungsexporte und Aufrüstung ab. Gerade in den letzten Jahren unternimmt die Bundeswehr große Anstrengungen, dies durch Kampagnen zu verändern, die insbesondere auf die Jugend in den Schulen ausgerichtet sind. Auch in Berufsbildungszentren

***Die Mehrheit der
Bevölkerung lehnt
Auslandseinsätze,
Rüstungsexporte und
Aufrüstung ab***

der Arbeitsagentur und auf Ausbildungsmessen versucht sie zu werben.

DIE LINKE arbeitet in gesellschaftlichen Bündnissen gegen Krieg und Aufrüstung. So unterstützt sie die Kampagne zur weltweiten Abschaffung von Atomwaffen, ICAN. Sie kämpft gegen Werbung der Bundeswehr in Frankfurt, die Teil der Militarisierung der deutschen Außenpolitik ist. In Frankfurt darf es keinen Platz für Kriegsvorbereitung geben!

DIE LINKE fordert:

- ▶ Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Werbung für Auslandseinsätze der Bundeswehr.
- ▶ Militärfreie Schulen: Keine Werbung für die Bundeswehr an Schulen. Die Stadt soll Initiativen dagegen an den Schulen unterstützen. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr muss aufgelöst werden.
- ▶ Keine Werbung der Bundeswehr auf Berufsbildungs- und Ausbildungsmessen in Frankfurt.
- ▶ Soldat*in ist kein normaler Beruf! Keine Anwerbung im Rahmen der Arbeitsagentur.

12. Demokratie in der Kommune

Wir wollen das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung auf allen gesellschaftlichen Ebenen, also auch in der Kommunalpolitik. Dies gilt ausnahmslos für alle, die in Frankfurt längerfristig wohnen. Um die demokratische Teilhabe junger Frankfurter*innen zu ermöglichen, soll das kommunale Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr gelten.

Eine starke Fraktion der LINKEN im Römer stellt sich der Aufgabe, nachzuforschen, zu kontrollieren und ständig und umfassend die Öffentlichkeit zu informieren. Damit ist sie Garantie für Transparenz, und nur so kann Teilhabe möglich werden.

Die Vertretung der Bürger*innen in den Stadtteilen sind die Ortsbeiräte. Hier können unmittelbar Probleme eingebracht und Wünsche geäußert

werden. Wir wollen die Ortsbeiräte gegenüber dem Magistrat und dem Stadtparlament stärken. Mitbestimmung erfordert Transparenz. Verträge der Stadt dürfen nicht in Hinterzimmern ausgehandelt, sondern müssen einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden.

Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen sind auch ein Abbau von Demokratie. DIE LINKE lehnt neoliberale Freihandelsabkommen ab, weil sie die Demokratie aushebeln und die Entscheidungsrechte von Parlamenten einschränken. Durch sie wären weitere Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge vorprogrammiert, und Rekommunalisierungen bereits privatisierter Bereiche würden erschwert.

Wir wollen die Ortsbeiräte gegenüber dem Magistrat und dem Stadtparlament stärken.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Kommunale Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand! Verträge müssen transparent sein und einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen.
- ▶ Die schleichende Entmachtung der demokratischen Einflussmöglichkeiten durch Privatisierungen muss gestoppt werden.
- ▶ Schaffung einer kommunalen Informationsfreiheits- bzw. Transparenzsatzung.
- ▶ Städtische Daten sind verständlich, nachvollziehbar und maschinenlesbar im Open Data-Portal der Stadt Frankfurt zu veröffentlichen.
- ▶ Kommunales Wahlrecht für alle Frankfurter*innen ab 16 Jahren, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.
- ▶ Die Ortsbeiräte erhalten ein aufschiebendes Veto-Recht für Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung bei Entscheidungen, die ausschließlich den eigenen Ortsbezirk betreffen.
- ▶ Das Ortsbeiratsbudget ist anzuheben.
- ▶ Demokratische Beteiligung setzt Zugang zu Informationen voraus. Um dies zu gewährleisten, muss die Stadt aktiv den Breitbandausbau vorantreiben, Glasfaser und Leerrohre verlegen und kostenfreies WLAN im öffentlichen Raum anbieten. Dies muss als Teil der Daseinsvorsorge über ein offenes WLAN erfolgen.

Demokratisierung und Digitalisierung der Stadtverwaltung

Eine „Stadt für alle“ heißt auch, dass die Stadtverwaltung demokratisch aufgebaut sein muss mit guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und einer hohen Servicequalität für die Bürger*innen. Dazu gehört, dass zivilgesellschaftliche und selbstverwaltete Strukturen einbezogen werden.

Die Realität ist leider oftmals eine andere. Die Stadtverwaltung unterliegt einem erheblichen Kostendruck. Verwaltungen sollen wie Wirtschafts-

**Die Stadtverwaltung
unterliegt einem
erheblichen Kostendruck.**

unternehmen arbeiten - Stichwort „Konzern Stadt“. Gespart wird bei den Mitarbeiter*innen, die die Dienstleistungen für die Stadtbevölkerung erbringen und damit für uns alle arbeiten. Dabei ist Frankfurt eine wachsende Stadt. Eine bürgerfreundliche Verwaltung setzt qualifizierte und engagierte Mitarbeiter*innen voraus. Ohne eine handlungsfähige, bürgernahe Verwaltung gehen viele politische Initiativen ins Leere.



DIE LINKE fordert:

- ▶ Demokratisierung der Stadtverwaltung und effektivere Kontrolle durch das Stadtparlament.
- ▶ Ausrichtung der Stadtverwaltung nach den Bedürfnissen der Bürger*innen statt auf betriebswirtschaftliche Konzernstrukturen.
- ▶ Keine Kürzung bei den Beschäftigten in der Stadtverwaltung, insbesondere im Bereich der bürgernahen Dienstleistungen.
- ▶ Neue Stellen in den Ämtern nach Bedarfen schaffen, nicht nach Kassenlage.
- ▶ Keine weiteren Auslagerungen und Privatisierungen, sondern Wiedereingliederung und Rekommunalisierung von Dienstleistungen.
- ▶ Bürger- und wohnortnaher Zugang zu Ämtern und Behörden statt Zentralisierung und Rückzug aus den Stadtteilen.
- ▶ Digitalisierung in der Stadtverwaltung für bürgernahe Dienstleistungen, aber auch für die Beschäftigten im Home Office.

Bürger*innenrechte schützen - strukturelle Diskriminierung bekämpfen

Durch Überwachung und Ausspähung der öffentlichen und privaten Räume ist die Ausübung demokratischer Rechte bedroht. Zugunsten

Konflikte und Kriminalität sind auch Folgen von gesellschaftlicher Ausgrenzung und institutionellem Rassismus

einer vermeintlichen Sicherheit – die es hundertprozentig nicht gibt – werden Freiheit und Selbstbestimmung ausgehebelt. Konflikte und Kriminalität

sind auch Folgen von gesellschaftlicher Ausgrenzung und institutionellem Rassismus. Durch Racial Profiling werden Menschen aufgrund ihres Er-

scheinungsbildes kriminalisiert. Auch bei der Ausländerbehörde gibt es noch lange nicht die Servicequalität wie bei Bürgerämtern.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Statt Überwachung: Prävention in Stadtteilen und Schulen stärken.
- ▶ Ausgrenzung und Gentrifizierung verhindern.
- ▶ Reduzierung der Überwachungskameras im öffentlichen Raum.
- ▶ Schaffung einer kommunalen Informationsfreiheitsatzung für den Wir-

kungskreis der Stadt Frankfurt und Schaffung eines Unabhängigen Frankfurter Datenschutzbüros.

- ▶ Einrichtung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle.
- ▶ Zerschlagung der rechtsextremen Netzwerke und Bekämpfung des strukturellen Rassismus in den Polizeibehörden.
- ▶ Veröffentlichung der durch die Polizei ausgewiesenen sogenannten gefährlichen Orte.
- ▶ Verbot von des Einsatzes von Tasern durch Polizeibehörden.
- ▶ Sensibilisierung der Ordnungsbehörden für rassistische Strukturen.
- ▶ Mehr Personal für die Ausländerbehörde, die an das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten statt ans Ordnungsamt angegliedert wird. Maximale Wartezeit von 15 Minuten für 80 Prozent der Besucher*innen der Ausländerbehörde, genau wie bei den Bürgerämtern.

13. Gleichstellung von Frauen verwirklichen

Obwohl die Gleichstellung von Frauen und Männern im Grundgesetz verankert ist, bestehen nach wie vor in allen Lebensbereichen erhebliche Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern.

Jede dritte Frau erlebt im Verlauf ihres Lebens körperliche, psychische und finanzielle Gewalt. 70 Prozent der Frauen in Deutschland werden schon vor ihrem 17. Geburtstag sexualisiert belästigt, jeden dritten Tag geschieht in Deutschland ein Femizid. Die geschlechtsspezifische Gewalt ist laut der auch von Deutschland ratifizierten Istanbul-Konvention eine schwere Menschenrechtsverletzung.

Auch die Stadt Frankfurt ist gefragt, alles zu tun, um Frauen und Mädchen

vor Gewalt zu schützen.

Immer noch sind deutlich weniger Frauen in Entscheidungspositionen in Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Dies trifft auch auf Frankfurt zu. Der Anteil weiblicher Beschäftigter bei den städtischen Angestellten ist in der Wahlperiode ab 2016 deutlich zurückgegangen. Bei den Führungspositionen liegt die Stadt unteren Drittel vergleichbarer Städte.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ressourcen, Chancen und Macht gerecht zwischen Frauen und Männern geteilt

werden. Ebenso sind Frauen überdurchschnittlich von prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen betroffen. Noch immer ist unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen ungleich verteilt.

Frauen sind überdurchschnittlich von prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen betroffen

Die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen wie auch die Hausarbeit wird nach wie vor zum großen Teil von Frauen geleistet. Sie finden entweder im Privaten unentgeltlich oder beruflich mit geringer Anerkennung, unsicheren Arbeitsverhältnissen und schlechter Bezahlung statt. Dafür, dass sie diese zentralen gesellschaftlichen Aufgaben übernehmen, zahlen Frauen einen hohen Preis: Langzeiterwerbslosigkeit, Minijobs und Niedriglöhne sind die Realität vieler Frauen und führen

zwangsläufig vermehrt zur Altersarmut vor allem bei Alleinerziehenden.

Wir wollen, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit gerecht verteilt wird. Dazu gehört, dass Frauen mehr gut bezahlte Arbeit erhalten und Männer mehr Reproduktions- und Sorgearbeit übernehmen.

Wir fordern, dass sich die Arbeitszeit nicht an betrieblichen Erfordernissen orientiert, sondern am Alltagsleben und an den verschiedenen Lebensentwürfen der Lohnabhängigen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen als wesentliche Aufgabe der Stadt anzuerkennen. Dies bedeutet den überfälligen Ausbau des Gewaltschutzsystems gemäß der Istanbul Konvention in Form einer Koordinierungsstelle zur Erhebung der Daten von geschlechtsspezifischer Gewalt und Ermittlung der Bedarfe von Schutz und Prävention. Die ebenso verpflichtende Monitoringstelle, welche unabhängig von der Koordinierungsstelle unter Beteiligung von Nicht-Regierungsorganisationen arbeitet, die Erfolge von Maßnahmen evaluieren und forschen soll, wird unverzüglich eingerichtet. Die Umsetzung der weiteren Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention wie der Ausbau und die ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern und Schutzräumen, mehrsprachigen und barrierefrei zugänglichen Beratungs- und Präventionsangeboten, die kostenlose anwaltliche Beratung und die Schulung des zuständigen Personals in Polizei, Schulen, Kitas, Sozialarbeit, medizinischen Berufen, Geflüchtetenunterkünften, Behindertenwohnheimen sowie bei den städtischen Behörden inkl. der Richter*innen ist sicherzustellen. Frauenhäuser müssen allen Formen von Weiblichkeit gerecht werden und entsprechend angemessenen Schutz bieten. Darüber hinaus muss es ausreichend Schutzräume für alle Menschen in Not, auch für Männer und Menschen, die sich als divers bezeichnen, geben.
- ▶ Die Stadtregierung wird aufgefordert, auf Landes- und Bundesebene darauf hinzuwirken, dass Deutschland seinen Vorbehalt gegen den Art. 59 der Istanbul-Konvention aufgibt. Asylsuchende Frauen sollen nicht jahrelang

beim gewalttätigen Partner bleiben müssen, damit die Ehestandszeit von drei Jahren gewahrt ist und ein vom Partner unabhängiges, eigenständiges Aufenthaltsrecht erworben werden kann.

- ▶ Kinder, die in Gewaltbeziehungen häusliche Gewalt erleben, sei es gegen die Mutter oder gegen sich selbst, sind traumatisiert und brauchen psychologische Unterstützung. Wir fordern speziell geschulte Jugendamtsmitarbeiter*innen gemacht, die sich ausschließlich um Kinder mit diesen Gewalterfahrungen kümmern.
- ▶ DIE LINKE unterstützt die Forderung der Frauenhäuser nach jeweils mindestens fünf pauschal finanzierten Schutzplätzen. Dolmetsch-Leistungen, die für die Erstaufnahme, Beratung, Übersetzung von Dokumenten und Begleitung bei Behördengängen oder medizinischer Untersuchung benötigt werden, sollen vom Sozialdezernat finanziert werden.
- ▶ Werbung, die stereotype Geschlechterrollen propagiert und Frauen sexualisiert oder anders diskriminierend darstellt, sind auf allen Außenwerbbeanlagen in städtischer Hand zu unterbinden. Vielfältige Körperbilder sollen zur Selbstverständlichkeit werden.
- ▶ Städtische Kampagnen (Werbung, Aufklärung, politische Bildung usw.) gegen sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum. Zusammenarbeit mit feministischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die dazu bereits Kampagnen geleistet haben.
- ▶ Öffentliche Kampagnen für die Akzeptanz diverser Familienmodelle.
- ▶ Einführung von gender budgeting, einer nach Geschlechtern differenziereten Analyse des städtischen Haushalts, um zu überprüfen, wer vom Haushalt profitiert und wer nicht, um eine gerechte Verteilung sicherzustellen.
- ▶ Alle Magistratsvorlagen werden vor Antragstellung an die Stadtverordnetenversammlung durch Gender Mainstreaming geprüft, welche geschlechtsspezifischen Auswirkungen die vorgesehene Maßnahme haben wird. Die Ergebnisse sind Bestandteil der Vorlagen.
- ▶ Bei der Förderung von Frauen in Spitzenpositionen und der Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit“ muss die Stadt Vorbild sein. Der Frauenförder- und Gleichstellungsplan muss konsequent umgesetzt werden, in der Verwaltung, den Betrieben und Mehrheitsbeteiligungen der Stadt müssen eine familienfreundliche Betriebskultur und Arbeitszeitmodelle verankert werden. Werdende Väter werden darin unterstützt, ihre Vaterrolle aktiv und gleichberechtigt ab der Geburt wahrzunehmen.
- ▶ Die Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Schaffung tariflich entlohnter und sozialversicherungspflichtiger Arbeit, um mehr

Frauen eine selbstständige Existenzsicherung und Altersvorsorge zu gewährleisten.

- ▶ Zur Aufdeckung von Ungleichbehandlungen bei Einstellungen und Beförderungen sowie der Aufdeckung von mittelbarer Diskriminierung in Entgeltsystemen werden durch die Dezernate, insbesondere aber im Dezernat „Personal“, die Prüfinstrumente Gleichbehandlungskontrolle und Entgeltgleichheitscheck angewandt.
- ▶ Bessere Kinderbetreuung und echte Ganztagschulen. Wir wollen die professionelle Reproduktions- und Sorgearbeit und personenbezogenen Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege) durch bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen aufwerten. Eine Entqualifizierung sozialer Berufe durch den verstärkten Einsatz fachfremden Personals lehnen wir ab. Aufgrund der steigenden kommunalen Kosten im Sozial- und Erziehungsbereich setzen wir uns für einen Ausgleich aus Bundes- und Landesmitteln ein.
- ▶ Den Ausbau von Netzwerken (Arbeitsagentur, Sozial- und Jugendamt, Wohnungsamt, freie Verbände und Initiativen) zur Unterstützung und Beratung von alleinerziehenden Müttern und Vätern bei der Arbeitssuche, Kinderbetreuung, Wohnungsbeschaffung und Versorgung in Notfällen.

14. Queer*¹: Gleichberechtigung für alle geschlechtlichen und sexuellen Identitäten

Die Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten sowie romantischer Orientierungen ist gesellschaftliche Realität. DIE LINKE setzt sich für die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans*-, Inter*sexuellen, Asexuellen und queeren Menschen (=LSBTIAQ*) ein. DIE LINKE steht für eine Politik, die ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes und repressionsfreies Leben ermöglicht.

Noch immer sind Menschen, die nicht nach heterosexuellen Normen leben, überdurchschnittlich von Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalttaten bedroht. Stigmatisierung, Diskriminierung oder Gewalt gegen LSBTIAQ* dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz

Nicht nach heterosexuellen Normen lebende Menschen sind überdurchschnittlich von Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalttaten bedroht

haben. Die Situation von LSBTIAQ* ist häufig von Mehrfachdiskriminierung geprägt. Speziell queere Menschen im Kindes-/Jugendalter, im höheren Alter, mit Migrationshintergrund, mit körperlichen und/oder psychischen Beeinträchtigungen sowie in prekären sozialen Situationen sind betroffen und benötigen somit besondere Aufmerksamkeit und dementprechende Angebote. In Schulen, Vereinen, Behörden, Sport-, Ausbildungs- und Arbeitsstätten gehört Queer*feindlichkeit leider noch immer zum Alltag. Kinder aus „Regenbogenfamilien“ sind oft von einer Stigmatisierung ihrer Eltern mitbetroffen. Die Stadt Frankfurt muss diese Diskriminierung aktiv bekämpfen.

¹ Queer* meint lesbisch, schwul, pan- /bisexuell, asexuell, trans* (d. h. agender, nongender, genderqueer, bigender, genderfluid, neutrois, transgender, transident, etc.) und inter*

DIE LINKE fordert:

- ▶ Eine Öffentlichkeitskampagne der Stadt gegen jede Form von Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalt aufgrund der geschlechtlichen und sexuellen Identitäten sowie romantischen Orientierungen.
- ▶ Den Aufbau einer umfassenden Struktur zur Prävention und zum umfassenden Schutz von LSBTIAQ* vor Gewalt. Hierzu gehört auch ein sensibles und respektvolles Verhalten von Polizei und Strafverfolgungsbehörden durch verbindliche und qualifizierte Aus- und Weiterbildungsprogramme und die Sicherstellung der psychosozialen Betreuung von Gewaltopfern.
- ▶ Die Stadt Frankfurt muss ihren Einfluss auf Landesebene geltend machen, dass die Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten sowie romantischer Orientierungen in die Lehrpläne aufgenommen werden.
- ▶ Sensibilisierungsprogramme und Fortbildungen von Lehrkräften, Erzieher*innen, Jugendleiter*innen, Beschäftigten in der Kinder-, Familien- und Jugendhilfe sowie von Behörden, die die Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten sowie romantischer Orientierungen anerkennen und Gleichstellung fördern. In der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter*innen des Standesamtes ist die respektvolle Behandlung von Menschen aller Geschlechter Pflicht. Dazu gehört auch der Abbau von Geschlechterstereotypen.
- ▶ Ausweitung der Aufklärungsprojekte zu geschlechtlichen und sexuellen Identitäten sowie romantischen Orientierungen (wie "SCHLAU Frankfurt"), ihre Aufstockung und dauerhafte Finanzierung.
- ▶ Aufstockung und dauerhafte Finanzierung der bestehenden Selbsthilfe- und Beratungsstrukturen von LSBTIAQ* für LSBTIAQ* durch die Stadt.
- ▶ Förderung und Ausbau von Schutzangeboten für queere Kinder und Jugendliche. Dazu zählen auch queere Wohnprojekte (wie "Queeres Jugendwohnen") und Jugendzentren (wie "KUSS41").
- ▶ Förderung und Ausbau queerer Senior*innen-Wohn- und -Pflegeprojekte, die nach dem Regenbogenschlüssel zertifiziert sind.
- ▶ Förderung und Ausbau von Beratungsangeboten und Schutzräumen für queere Sexarbeiter*innen (wie "KISS Frankfurt"). Diese Angebote sollten psychosoziale als auch gesundheitliche Aspekte umfassen.
- ▶ Queere Räume sind Teil einer vielfältigen Gesellschaft und sind Basis einer lebendigen, solidarischen Stadtkultur: die Stadt Frankfurt muss sich für den Erhalt und die Förderung von queeren Räumen wie Bars, Clubs, kulturellen Einrichtungen sowie für Vereins-, Beratungs- und Schutzräume einsetzen.

Queer*: Gleichberechtigung für alle geschlechtlichen und sexuellen Identitäten

- ▶ Für die Förderung der Akzeptanz ist das Expert*innenwissen und die Unterstützung der Communities unerlässlich. Die Arbeit der Koordinierungsstelle für LSBTIAQ*-Themen ist dauerhaft zu sichern.
- ▶ Das Stadtarchiv ist verpflichtet, die Gesamtheit aller Lebensweisen als Geschichte der Stadt abzubilden.

15. Rechte der Menschen mit Behinderungen stärken - Inklusion verwirklichen

Kein Mensch darf aufgrund einer Behinderung diskriminiert werden. Viele Menschen mit Behinderungen machen tagtäglich die Erfahrung, dass sie an Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht teilnehmen können, weil es ein unzureichendes Mobilitätsangebot und keine Barrierefreiheit gibt. Auch ihr Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ist

mit hohen Hürden versehen. Das wollen wir ändern, um das Recht auf Inklusion, wie es auch in den UN-Konventionen verankert ist, durchzusetzen. Dabei wollen wir nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden, sondern Projekte und Vereine für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen stärken.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Bessere Inklusion am Arbeitsplatz. Die Stadt muss nicht nur in städtischen Betrieben, sondern in allen Unternehmen, auf die sie Einfluss hat, darauf achten, dass die Integrationsquoten eingehalten werden. Zudem muss Inklusion am Arbeitsplatz auch ein Kriterium für öffentliche Ausschreibungen und Auftragsvergabe sein. Notwendig ist zudem die Ausweitung der Fördermaßnahmen zur Eingliederung (bzw. Wiedereingliederung) von Menschen mit Behinderung ins Berufsleben.

- ▶ Mehr Personal und Kompetenzen für die Stabstelle Inklusion und das Büro des bzw. der Behindertenbeauftragten.
- ▶ Verbesserung der Frühförderung von Kleinkindern mit Behinderung und Ausbau von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten.
- ▶ Kitas und Schulen, die inklusiv sind. Kinder mit und ohne Behinderung sollen zusammen aufwachsen, um frühzeitig und ohne Vorbehalte mit- und voneinander lernen zu können.
- ▶ Fahrdienste für Menschen mit Behinderung dürfen nicht gekürzt, sondern müssen ausgebaut werden, damit gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird. Diese Dienste dürfen nicht privatisiert werden und es muss eine tarifliche Entlohnung für die dort Beschäftigten gesichert werden.
- ▶ Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer*innen, Blinde und Sehbehinderte sowie Menschen mit sonstigen Behinderungen muss im ÖPNV, in öffentlichen Gebäuden und städtischen Einrichtungen gewährleistet werden. Da die Stadt Frankfurt die Vorgaben für barrierefreie Haltestellen bis zum 1. Januar 2022 verfehlen wird, müssen alle Bahnstationen und Bushaltestellen unverzüglich barrierefrei umgebaut werden.
- ▶ Neubauwohnungen müssen barrierefrei sein.
- ▶ Förderung des „betreuten Wohnens“ in den eigenen vier Wänden.
- ▶ Vereinfachter Umbau zu barrierefreien Wohnungen. Wohnprojekte für Behinderte in urbaner Lage müssen finanziell gefördert werden.
- ▶ Vereine, die selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen stärken, besser fördern.
- ▶ Öffentliche Veranstaltungen der Stadt Frankfurt müssen barrierefrei sein, bei vorheriger Anmeldung auch in Gebärdensprache oder mit induktiven Höranlagen.

16. Mehr Rechte für Kinder und Jugendliche

Gut 13.000 Kinder pro Jahr erblicken in Frankfurt die Welt. Das Leben unserer Kinder sollte bunt und heiter sein, sie sollen spielen, lernen, toben, Freunde treffen, musizieren, turnen, kreativ sein, lachen und lieben. Die Verwirklichung der Kinderrechte gehört nicht erst seit Corona zu den LINKEN Forderungen. In Frankfurt leben derzeit 17,7 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Familien im SGBII-Bezug. Das ist fast jede*r fünfte! Kein Kind soll Not leiden, weshalb wir seit Jahren auf Bundesebene eine Kindergrundsicherung für alle Kinder fordern. Denn gegen Armut und Ausgrenzung hilft nur umverteilen!

Familie ist dort, wo Menschen zusammenleben und sich umeinander kümmern. Wir rücken die Bedürfnisse der Kinder in den Fokus und wollen alle Elternteile in jeder Familienkonstellation in die Lage versetzen, gut und sicher

für sich und ihre Angehörigen sorgen zu können.

Wir sind der Meinung, dass für Kinder und Familien das sprichwörtliche „Dorf“, die „Nachbarschaft“, und damit auch Nachbarschaftsangebote wie Mehrgenerationenhäuser, Kinder- und Familienzentren, Kinder- und Jugendhäuser sowie Möglichkeiten der Familienbildung und -erholung besonders wichtig sind. Die wachsende Stadt Frankfurt braucht mehr familienfreundliche Treffpunkte, Begegnungsstätten für Eltern und Kinder und ausreichend kindgerechte Spielräume in den Quartieren. Hier sollten auch Unterstützungsangebote wie die Frühen Hilfen, Familien-, Erziehungs-, Elternberatungsstellen und das Kinderschutznetz niedrigschwellig erreichbar und erlebbar werden.

Die ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen

erschweren die Entfaltungsmöglichkeiten und die Entwicklungsbedingungen unserer Kinder. Deshalb sind für uns auch auf städtischer Ebene eine umverteilende Sozialpolitik, eine Bildungspolitik, die Kinder möglichst lange gemeinsam in kleinen Gruppen begleitet und fördert, und kostenlose oder -günstige Kultur- und Freizeitangebote zentral.

In einer demokratischen Gesellschaft müssen Kinder und Jugendliche mit-sprechen und mitbestimmen dürfen. So haben Gemeinden Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, zu beteiligen. So steht es in der Hessischen Gemeindeordnung. Bisher wird jedoch vielfach über ihre Köpfe hinweg entschieden. Das wollen wir ändern.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Kommunales Wahlrecht ab 16 Jahren.
- ▶ Einrichtung eines stadtweiten Jugendparlaments mit Rede- und Antragsrecht in städtischen politischen Gremien. Es muss mit Mitbestimmungsrechten in allen Belangen, die Jugendliche betreffen, ausgestattet sein. Personal und Mittel sind zum Gelingen dieser Beteiligung erforderlich. DIE LINKE unterstützt das vom Frankfurter Jugendring und Frankfurter Stadtschüler*innenrat ins Leben gerufene Partizipationsprojekt „JugendMacht-Frankfurt“ und setzt sich für eine Stärkung der hier genannten vier Säulen der Beteiligung ein: Beteiligung an der Schule, digitale Beteiligung, offene und projektbezogene Beteiligung.
- ▶ Demokratische Beteiligung von Schüler*innen an schulinternen und schulpolitischen Entscheidungsprozessen. Stärkung und finanzielle Ausstattung der Schüler*innenvertretungen und der Stadtschüler*innenvertretung.

Jugendpartizipation als solche erkennen und anerkennen.

Jugendliche müssen dazu ermächtigt werden, Konflikte mit anderen Akteur*innen, vor allem Erwachsenen, Fachkräften und Institutionenvertreter*innen auszuhandeln. Partizipation und Anerkennung sind eine Frage von Rechten und ihrer Durchsetzung. Jugendliche haben das Recht sich im öf-

fentlichen Raum nach ihren Wünschen zu bewegen, sichtbar zu sein, sich zu unterschiedlichen Themen zu engagieren oder auch Einsprüche zu formulieren. Hierfür braucht es neben festgeschriebener Rechte und finanzieller Ressourcen auch eine Interessenvertretung der Jugendlichen vor Ort.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Mehr Räume zur Aneignung durch Jugendliche beispielsweise durch die Bereitstellung selbstverwalteter Jugendzentren.
- ▶ Jugendquartiersmanagement in jedem Stadtteil.

Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken

Ganztagsschulen und Horte müssen ausgebaut werden.

Jedoch können sie das Freizeitangebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht ersetzen. Dieses ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, eigene Sozialräume zu erschließen, sich selbst zu erleben und Orientierung für die weitere persönliche Entwicklung zu finden. Besonders Themen wie Rassismus, Geschlechtsidentität und Berufsorientierung stehen hier im Mittelpunkt.

Seit 2015 gab es trotz steigender Kosten keine ausreichenden Zuschusserhöhungen an die freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit. So fehlen den Trägern mehrere Millionen Euro durch tarifbedingte Personalkos-

tensteigerungen. Zusätzlich müssen die Träger steigende Mieten, Mietnebenkosten und höhere Sachkosten stemmen.

Dabei ist es gerade angesichts hoher Kinderarmut, sozialer Polarisierung sowie ungehemmter Beiträge in den sozialen Medien mit rechtsradikalem Inhalt oder pornographischen Gewaltdarstellungen - auch mit Kindern - notwendig, mehr finanzielle Mittel und mehr Personal für die Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendhilfe zur Verfügung zu stellen.

Auch die Schulsozialarbeit wollen wir ausweiten und die Zahl der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen erhöhen. Dafür sind zusätzliche Mittel vom Land nötig.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Ausreichende, an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes angepasste Finanzierung der freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit.
- ▶ Bessere Ausstattung der städtischen Jugendhäuser mit Sachmitteln und Personal.
- ▶ Ausbau der Zusammenarbeit der Jugendhäuser mit Kultur- und Bildungseinrichtungen, z.B. der Volkshochschule.

- ▶ Einen offenen Jugendtreffpunkt als Freiraum in jedem Stadtteil. Den Jugendlichen ist hier größtmögliche Mitsprache und Selbstverwaltung einzuräumen.
- ▶ Die Ausweitung der Schulsozialarbeit und mehr SchulpsychologInnen sowie Ausbau und Weiterentwicklung der aufsuchenden Sozialarbeit.
- ▶ In der Kinder- und Jugendförderung sind ausreichende Mittel bereitzustellen, um die Maßnahmen, die der Fachausschuss für notwendig hält, umzusetzen.
- ▶ Bessere Finanzierung der Jugendverbände.
- ▶ Die Vernetzung in den Arbeitsfeldern Mädchen- und Jungenarbeit. Dabei soll in allen Trägern je eine Person als Mädchenbeauftragte und eine Person als Jungenbeauftragte eingesetzt werden.

Ausbildung und Beruf

Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung. Die Stadt Frankfurt muss sich dafür engagieren, dass alle

Jugendlichen, die dies wollen, eine Berufsausbildung erhalten (siehe auch Kapitel „Solidarisch wirtschaften – Gute Arbeit fördern“.)

DIE LINKE fordert:

- ▶ Mehr Ausbildungsplätze bei der Stadt Frankfurt und den städtischen Unternehmen.
- ▶ Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss auch von der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen abhängig gemacht werden.
- ▶ Den Auf- und Ausbau von Jugendbeschäftigungsgesellschaften in städtischer Regie für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden. Besondere pädagogische Förderungsprojekte für benachteiligte Jugendliche – auch ohne Abschluss.
- ▶ Jugendliche und junge Erwachsene dabei zu unterstützen, ihre Berufswahl nicht von Geschlechtszuschreibungen abhängig zu machen, sondern von ihren Interessen und Fähigkeiten.

Kultur und Freizeit

Wir wollen die Entwicklung einer nichtkommerziellen, selbstbestimmten Jugendkultur fördern. Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, selbst-

organisiert Konzerte und Events zu veranstalten, statt ausschließlich auf teure kommerzielle Angebote angewiesen zu sein.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Kostengünstige bzw. wo möglich kostenfreie und wohnortnahe geeignete Räumlichkeiten für Kultur- und Jugendeinrichtungen.
- ▶ Die Förderung nichtkommerzieller, selbstbestimmter Jugendkulturzentren.
- ▶ Wohnortnahe, öffentlich zugängliche Sportplätze und Spielflächen – auch außerhalb von Vereinsstrukturen.

17. Gutes und würdevolles Leben im Alter

Wir wollen, dass Frankfurt eine lebenswerte Stadt für alle Altersgruppen ist. Derzeit aber fühlen sich viele ältere Menschen ausgegrenzt. Nicht wenige müssen fürchten, durch die steigenden Mieten aus ihren Wohnungen verdrängt zu werden. Viele haben kaum Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben in einer so teuren Stadt teilzunehmen. Rentenkürzungen, die Teilprivatisierung der

Viele haben kaum Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben in einer so teuren Stadt teilzunehmen

Rente und die Rente erst ab 67 führen dazu, dass immer mehr Menschen gezwungen sind, bis ins hohe Alter zu arbeiten oder Flaschen zu sammeln, um irgendwie über die Runden zu kommen. Frauen sind besonders von Altersarmut betroffen. Viele dieser Missstände lassen sich allein auf kommunaler Ebene nicht beheben.

Doch auch die Stadt kann viel dafür tun, um das Leben von Senior*innen in Frankfurt zu verbessern.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Kommunale Zuschüsse zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um jeweils 100 Euro für ein würdevolles Leben in einer teuren Stadt.
- ▶ Die Stärkung der Mitbestimmungs- und Teilhabeinteressen von Senior*in-

nen durch ein Antragsrecht des Senior*innenbeirats und die Erweiterung seiner Öffentlichkeitsarbeit.

- ▶ Eine altersinklusive Stadtentwicklung und Gestaltung des öffentlichen Raums. Hierzu gehören Barrierefreiheit, Nahversorgung und dezentrale Einkaufsmöglichkeiten (z.B. durch Vereine und Genossenschaften), eine wohnortnahe gesundheitliche und pflegerische Betreuung, die Förderung von generationenübergreifenden Begegnungsstätten mit Kultur- und Freizeitangeboten und von nachbarschaftlicher Unterstützung, z.B. durch selbstorganisierte Küchen für alle oder Hilfenetzwerke.
- ▶ Den bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen, und die Förderung von generationenübergreifenden Wohnprojekten (Mehrgenerationenhäuser). Hier sind besonders die städtischen Wohnungsbaugesellschaften gefordert.
- ▶ Die Förderung der altersgerechten Umgestaltung von Wohnungen, damit ältere Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können.
- ▶ Für das möglichst lange Leben in der eigenen Wohnung sind gute ambulante Strukturen unverzichtbar. Die Stadt muss mit dafür Sorge tragen, dass es sowohl stationäre wie ambulante Einrichtungen in ausreichendem Umfang und guter Qualität gibt.
- ▶ Einen niedrigschwelligen Zugang zu Informationen für alle: Die Angebote des Rathauses für Senior*innen und des Pflegestützpunktes Frankfurt sind bekannter zu machen, die Senioren Zeitschrift so zu gestalten, dass sie der lebensweltlichen Vielfalt der Senior*innen gerecht wird. Bildungsangebote und -programme für Senior*innen.
- ▶ Essen auf Rädern mit gesunder, regionaler Kost und verschiedenen Angeboten (für Allergiker*innen, vegan, koscher, helal) soll wieder in städtischer Regie angeboten werden. Auch hierfür fordern wir die Wiedereinrichtung der städtischen Küchenbetriebe.
- ▶ Einen humanen Umgang mit Demenzkranken. Das erfordert u. a. die Erweiterung integrativer und inklusiver Angebote, um demenzkranken Menschen so lange wie möglich Lebensqualität und Selbstständigkeit zu erhalten.
- ▶ In Alteinrichtungen die Haltung und den Besuch von Tieren zu erleichtern, damit Tiere verstärkt zur seelischen Betreuung alter Menschen beitragen können.

18. Kultur für alle

Kultur für alle! Dieses Motto des einstigen Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann bleibt für DIE LINKE Verpflichtung. Kultur ist wesentlich für eine demokratische Gesellschaft und eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik.

Kulturelle Angebote und kulturelle Bildung gehören zur Daseinsvorsorge, alle Frankfurter*innen haben das Recht auf kulturelle Bildung und Teilhabe. Frankfurt hat einen hohen Kulturetat, mit dem es eine Kunst- und Kulturlandschaft betreibt, die im In- und Ausland Renommee besitzt. Die Theaterhäuser, Museen, Aufführungsstätten, Bibliotheken, Denkmäler und vieles mehr tragen wesentlich zur kulturellen Identität der Stadt bei. Trotz ermäßigter Eintrittspreise in vielen kulturellen Einrichtungen bestehen weiterhin finanzielle und gesellschaftliche Barrieren. Es gilt, diese Barrieren

abzubauen, soziale Ausgrenzung zu bekämpfen und kostengünstige oder kostenfreie kulturelle Angebote zu schaffen. Kulturelle Teilhabe und ein bürgernahes Kulturangebot sind elementar für eine demokratische Gesellschaft.

Besonders für Kinder und Jugendliche müssen Möglichkeiten für kulturelle und künstlerische Betätigung gefördert werden. Kleinere Kulturangebote und insbesondere die freie Kulturszene geben den Raum für kulturelle Vielfalt und sind der Nährboden für die Absolvent*innen der erstklassigen Hochschulen für bildende Kunst, Film, Musik und darstellende Künste in der Region.

Kunst- und Kulturschaffende sollen in Frankfurt gute Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden. Derzeit dominieren im Kultursektor prekäre Beschäftigungsverhältnisse und

Selbstausschöpfung durch projektbezogene Aufträge, eine geringe soziale Absicherung und oftmals Löhne unterhalb der Existenzsicherung.

Durch die Corona-Krise hat sich die Lage für Kulturbetriebe und -schaffende noch einmal verschärft. Das Fehlen

öffentlicher Veranstaltungen, gleichzeitig aber auch die Kreativität bei der Suche nach virtuellen Ersatzformaten zeigt deutlich: Kunst und Kultur sind systemrelevant für unser Zusammenleben.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Zugang ermöglichen: Eine soziale Preispolitik bei allen Kultureinrichtungen und ein breites Angebot von kostenlosen oder zumindest kostengünstigen Kulturveranstaltungen.
- ▶ Karten für öffentliche Veranstaltungen, die bis 10 Minuten vor Beginn nicht verkauft wurden, sollen an Jugendliche und Frankfurt-Pass-Inhaber*innen zu einem symbolischen Preis gehen.
- ▶ Verbleib der Städtischen Bühnen am Willy-Brandt-Platz, bei einer möglichen Aufteilung auf zwei Häuser zentral erreichbar für die Besucher*innen und Beschäftigten in der Innenstadt. Eine Umwidmung öffentlichen Raums für private Investoren in den Wallanlagen lehnen wir ab.
- ▶ Errichtung eines Zentrums der Künste auf dem Campus Bockenheim. Förderung des Offenen Hauses der Kulturen im Studierendenhaus.
- ▶ Zusätzliche günstige Atelier- und Proberäume.
- ▶ Stärkere städtische Förderung der freien Kulturszene und von kleineren Kunst- und Kulturinitiativen wie Theater- und Tanzprojekten, Ausstellungsräumen oder Film- und Kulturfesten.
- ▶ Sanierung und Ausbau der Naxoshalle als zukünftiges Theater für mehr freie Gruppen.
- ▶ Erhalt antifaschistischer und emanzipatorischer Kulturprojekte.
- ▶ Umstellung der Kulturfinanzierung von projektbezogener auf stärker institutionelle Förderung, um prekäre Arbeitsbedingungen von Künstler*innen einzudämmen.
- ▶ Für Projekte und Veranstaltungen, die aufgrund der Corona-Krise verschoben werden mussten, können Fördermittel ins Folgejahr übertragen werden. Eine Rückzahlungspflicht für dadurch ausgefallene Projekte entfällt.
- ▶ Schaffung von Kulturangeboten in peripheren Stadtteilen, um diese lebenswerter und bunter zu gestalten, sowie eine erleichterte Zwischennutzung leerstehender Gebäude für Kunst und Kultur.
- ▶ Erhalt und Ausbau der Stadtteilbibliotheken.

- ▶ Förderung der Digitalisierung von Bibliotheken, Archiven und Kulturgütern.
- ▶ Die Förderung für Musikschulen muss ausgebaut und verstetigt werden, um den Zugang zu erleichtern und um den Beschäftigten sichere und langfristig angelegte Beschäftigungsverhältnisse zu garantieren.
- ▶ Ankaufsetats für Museen und Archive.
- ▶ Kunst im öffentlichen Raum fördern.
- ▶ Interkulturelle Kulturinitiativen zu unterstützen, um Foren für gemeinsame Dialoge zu bieten und multikulturelle Vielfalt aktiv zu leben.
- ▶ Clubsterben verhindern: Bessere Förderung der Frankfurter Clubszene, zum Beispiel mit einem Sanierungsfonds.
- ▶ Förderung des MOMEM als zentralem Dokumentationsort der Frankfurter Clubkultur.
- ▶ Zeitgemäße Umgestaltung der Dauerausstellung in der Paulskirche und Öffnung als Ort für gesellschaftliche Diskurse.
- ▶ In Frankfurt soll das Programm „Jedem Kind ein Musikinstrument“ aufgelegt werden.
- ▶ Bau und Betrieb eines eigenständigen Kinder- und Jugendtheaters im Zoo-Gesellschaftshaus.
- ▶ Das Erinnern an die Opfer des Faschismus muss ein wichtiger Bestandteil der Kulturpolitik sein. Erinnerungsorte wie z.B. das Denkmal der Kindertransporte oder die ehemaligen Adlerwerke als Außenstelle des Konzentrationslagers Katzbach müssen angemessenen Raum für das Gedenken an die Opfer bieten. Die Erinnerungsstätte für die deportierten Juden und Jüdinnen an der Großmarkthalle, die teilweise auf dem Gelände der EZB liegt, muss für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

19. Breitensport fördern - statt Kommerzialisierung

Sport verbindet Menschen, kann das Selbstvertrauen stärken, Menschen zusammenbringen und die eigenen Fähigkeiten bewusst machen. Gemeinsamer Sport kann Barrieren überwinden, die Integration fördern, Gewaltbereitschaft und Rassismus entgegenwirken, er hat eine gesundheitsfördernde und soziale Funktion. Dafür müssen die Angebote aber auch alle Personengruppen gleichermaßen erreichen und inklusive und antidiskriminierende Ziele bewusst verfolgen. Der Zugang zu Sportangeboten und Schwimmbädern darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Insbesondere Kinder und Jugendliche brauchen öffentliche und kostenfreie Angebote wie Bolzplätze und Turngeräte. Immer mehr Kinder

Der Zugang zu Sportangeboten und Schwimmbädern darf nicht vom Geldbeutel abhängen

können nicht schwimmen, das wollen wir ändern durch niedrigere Eintrittspreise sowie mehr Schwimmunterricht und Schwimmkurse. Frankfurt braucht ein Bäderkonzept, das den Erhalt aller öffentlichen Bäder und die notwendige Sanierung garantiert. Frankfurts vielseitige Sportszene steht vor Herausforderungen angesichts der verheerenden Auswirkungen der Corona-Krise auf Vereine und Sportstätten, knapper werdender Förderung, altersbedingter Veränderungen, neuer Sportarten und veränderter Zeitbedürfnisse. Aufgabe der Stadt ist die Förderung von Freizeit- und Breitensport, Vereinssport und Nachwuchsförderung. Mit Stadionbesucher*innen und der Fußball-Fanszene ist ein offener Dialog notwendig statt

immer wiederkehrender Diskussionen um Repressionen und Kriminalisierungsversuche. Fanprojekte, die sich gegen Rassismus stellen und sich um

die soziale Integration und Förderung von Jugendlichen kümmern, müssen unterstützt und gefördert werden.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Den Bau neuer Sportstätten angesichts der stetig wachsenden Stadt und eine Modernisierung und Renovierung der bestehenden öffentlichen Sportanlagen. Sportstätten sind für Menschen mit Behinderung barrierefrei zu gestalten. Mikroplastik muss von Kunstrasenplätzen verbannt werden.
- ▶ Kostengünstige und kostenfreie Sportangebote für Kinder und Jugendliche – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.
- ▶ Bessere Förderung der Sportvereine durch die Stadt.
- ▶ Kommunale Sportanlagen müssen für nichtkommerzielle Nutzung generell mietfrei sein. Es darf keine Privilegien für kommerzielle Großveranstalter auf Kosten der Steuerzahler*innen geben! Sicherheitskonzepte für Sicherheit, Schutz und Hygiene bei Events sind ausschließlich durch legitimierte Behörden zu erstellen. Dabei muss die die Sicherheit der Besucher*innen höchste Priorität haben.
- ▶ Alle Frankfurter Bäder müssen erhalten und die Eintrittspreise deutlich gesenkt werden. Ausweitung des Schwimmunterrichts und der Schwimmkurse für Kinder und Jugendliche.

20. Finanzen: Einnahmen erhöhen und investieren, anstatt zu kürzen

Frankfurt am Main ist eine der reichsten Städte Deutschlands. Hohe Gewerbesteureinnahmen, seit Jahren stetig wachsende Einnahmen aus der Einkommensteuer und hohe Erträge aus der Grundsteuer geben der Politik den Gestaltungsspielraum, zu investieren und für sozialen Ausgleich zu sorgen. Der Kämmerer steht jedoch auf der Bremse und verhindert die richtigen Weichenstellungen. Die Regierung verschleppt seit Jahren notwendige Investitionen. Personalstellen bleiben unbesetzt und der Ausbau des ÖPNV, wie auch der soziale Wohnungsbau, kommt nicht voran. Frankfurt könnte Sprünge machen, tritt aber auf der Stelle und setzt

Die Regierung verschleppt seit Jahren notwendige Investitionen. Personalstellen bleiben unbesetzt und der Ausbau des ÖPNV, wie auch der soziale Wohnungsbau, kommt nicht voran.

einseitig auf Prestigeprojekte.

Außerdem sinkt seit Jahren der Anteil der Zinsen am Haushalt. Die Finanzierung mit Krediten wird für die Stadt

Frankfurt immer billiger. Vor dem Hintergrund der drohenden Rezession muss jetzt gegen die Krise investiert werden: Wir brauchen ein kommunales Konjunkturpaket „Neustart nach Corona“. Dafür muss endlich umgesteuert werden.

Eine Stadt ist für uns kein Konzern und soll auch nicht als solcher geführt werden, sondern sie sollte der öffentlichen Daseinsvorsorge verpflichtet sein. DIE LINKE fordert von der Stadt Frankfurt, bei ihren Finanzanlagen soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen.

sichtigen. Bei allen stadteigenen und stadtnahen Betrieben werden die Manager*innengehälter und Bezüge der

Geschäftsführer*innen begrenzt auf das 15-fache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen.

Öffentliche Investitionen stabilisieren Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt

DIE LINKE tritt für umfangreiche öffentliche Investitionen in Frankfurt ein. Vorrang haben dabei der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, der Bau bezahlbarer Wohnungen, der Bau von Schulen und Kitas sowie Investitionen in die städtischen Kliniken und in den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien. Dafür ist die städtische Bauabteilung neu zu organisieren und mit Fachpersonal aufzustocken. Zugleich müssen bei den Dienstleistun-

gen, z.B. bei Kitas, in der Sozialarbeit, an Schulen und Krankenhäusern wieder Vollzeit Arbeitsplätze mit unbefristeten, guten Verträgen die bisherige niedriger bezahlte, oft prekäre Arbeit ersetzen. Diese Investitionen der Kommune werden auch den kleinen und mittleren Unternehmen Frankfurts in hohem Maße zugutekommen. Darauf ist bei der Auftragsvergabe der Stadt zu achten.

Einnahmen erhöhen

Unternehmen sollen, wenn sie Profite einfahren, einen höheren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Leistungen erbringen. Wir wollen die Gewerbesteuer um 90 Punkte anheben. Wir wollen Steuerbetrug von Unternehmen stoppen.

Hier geht es um Millionenbeträge jährlich, die

der Stadt durch Steuerhinterziehung entgehen. Daher werden wir die Zahl der kommunalen Steuerprüfer*innen deutlich erhöhen, auch hier können zweistellige Millionenbeträge im Jahr zusätzlich erbracht werden.

Wir wollen die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer.

Wir wollen mehr Personal in der Stadtverwaltung. Dadurch werden die Arbeitsprozesse beschleunigt, und durch Expertise in den eigenen Ämtern kann auf teure externe Planungsleistungen und Gutachten verzichtet

werden, für die bislang Millionen aufgewendet wurden. Nur 87 Prozent aller Planstellen in Frankfurt sind besetzt! Das wollen wir ändern.

Anstatt bislang teure Büroräume für die Stadtverwaltung anzumieten, fordern wir ein offensives städtisches Gebäudemanagement durch den Bau von Behördenzentren. Die Stadt soll perspektivisch aus teuren Mietverträgen

für Ämter und Behörden aussteigen.

Notwendig ist zudem die Unterbindung von Share-Deals, bei denen große Investoren die Grunderwerbsteuer umgehen können.

Überdies wollen wir die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer

Gemeindewirtschaftssteuer. Auch gutverdienende Selbstständige und Freiberufler*innen sollen einen Beitrag leisten. Damit ist Frankfurt auch unabhängiger von Konjunkturschwankungen.

Die finanzielle Lage verbessern – der Bund und das Land Hessen sind gefordert

Alle Anstrengungen, in Frankfurt die Einnahmen zu erhöhen, ändern nichts daran, dass die Kommunen viel zu niedrige Zuschüsse vom Bund und den Ländern erhalten. Die Bundesregierung, aber auch die schwarz-grüne Landesregierung versäumen es, Vermögende und große Unternehmen zur Kasse zu bitten und eine Reform der Vermögens- und Erbschaftssteuer vorzulegen. Dadurch fehlen den Städten und Gemeinden Milliarden für den Bau von Schulen, für Bus und Bahn und den Bau von Sozialwohnungen.

DIE LINKE fordert daher die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer von 5 Prozent ab einem Nettovermögen von 1 Mio. Euro. Die Erträge der Vermögensteuer stehen den Ländern zu und sollen von ihnen an die Städte und Gemeinden weitergegeben werden. Auch die Erbschaftssteuer muss deutlich angehoben werden. Dabei ist ein Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro vorzusehen.

Spätestens die Aussetzung der Schuldenbremse in der Corona-Pandemie zeigt, wie falsch diese Investitionsbremse ist

Der Einkommenssteuertarif ist so zu verändern, dass zu versteuernde Jahreseinkommen bis zu 70.000 Euro für Ledige entlastet und darüber liegende Einkommen belastet werden.

Zudem wollen wir die Schuldenbremse in Hessen und im Bund abschaffen. Spätestens die Aussetzung der Schuldenbremse in der Corona-Pandemie zeigt, wie falsch diese Investitionsbremse ist. Angesichts der historisch niedrigen Zinsen nahe Null muss auch die Stadt Frankfurt die

Chance für kreditfinanzierte Investitionen ergreifen.

Einschließlich der Refinanzierungseffekte zusätzlicher Investitionen können wir unabhängig von Bund und Land das Haushaltsvolumen um circa ein Drittel, weit über eine Milliarde Euro jährlich, erhöhen. Damit können wir die wesentlichen Investitionsvorschläge der LINKEN in den Bereichen Wohnen, Öffentlicher Personennahverkehr, Bildung und Gesundheit umsetzen.

DIE LINKE fordert:

- ▶ Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um 90 Punkte auf 550 Punkte. Das bringt 400 Millionen Euro jährlich.
- ▶ Entnahme aus dem Vermögen der Stadt von 100 Millionen Euro jährlich
- ▶ Aufnahme zusätzlicher Kredite für Investitionen in Höhe von 400 Millionen jährlich.



